

# EXTRABLATT

Österreichs illustriertes Magazin für Politik und Kultur



**Christian Broda:**

---

**Der lange Marsch zum Seelenfrieden**

---

**Die kriminelle Allianz Mafia - CIA**

# EXTRABLATT

EXTRABLATT  
NR. 6  
2. Jahrgang  
Februar 1978

<b>Österreich</b>		
Christian Broda: Der lange Marsch zum Seelenfrieden		6
Lehrer: Maulhalten und weiterdienen		13
Medienkritik: Geil auf eine Story		25
Zwentendorf: EXTRABLATT bewachte das AKW		28
Interview: Kommt Hans Sima wieder?		31
Verwaltungsstrafen: Verfassung in schlechter Verfassung		32
Frauen: Mein Mann ist Terrorist		35
<b>Wirtschaft</b>		
Fremdenverkehr: Lockruf des Geldes		21
Bilderberger: Die Drahtzieher		37
Bilanz		40
<b>Ausland</b>		
Mafia - US-Geheimdienst: Die kriminelle Allianz		41
BRD: Bismarck was here		46
SI in Lateinamerika: Viele Irrtümer		49
EXTRABLATT-Gespräch mit Jiří Pelikán		52
Naher Osten: Nur Frieden ist gefährlich		54
Rumänien: Eine Handvoll Gestern		77
<b>Kultur</b>		
Theater: Im Keller was Neues		55
„Roots“: Onkel Toms Stammbaum		58
Psychoanalyse: Ein gewisser Doktor Freud		60
EXTRABLATT-Gespräch mit J. B. Pontalis		61
Bücher: A. Moritsch über „Österreich und seine Slowenen“		66
Rezensionen		67
Surrealismus: Vom Kriminal- ins Nationalmuseum		68
Konzert: Z - wie Zappa		72
„Schmetterlinge“: Das Maul, das man aufreißt		74
Realismus-Malerei: Aufhören mit dem Denunzieren		86
Spectrum		94
<b>Literatur</b>		
Janko Messner: Die Heimkehr		82
Christian Wallner: Der weiße Rausch		90
<b>Satire &amp; Cartoons</b>		
Manfred Deix: Aus Staberls Geheimarchiv		17
Werner Schneyder: Biedermann und die Brennstäbe		29
Gerhard Zwerenz: Peng - peng - peng		70
Pibers EXTRABLATT		89
Much berichtet aus der Redaktion		93
		
<p>Das österreichische Verwaltungsstrafrecht steht international einmalig da: Fachleute qualifizieren es vom Instrument zur Klassenjustiz bis zum Mittel zum Verfassungsbruch. Eine Änderung ist trotzdem nicht in Sicht - Seite 32</p>		
<b>Kolumnen und Kommentare</b>		
Anton Pelinka:	Am Beispiel Christian Brodas	10
Theodor Prager:	Hochst beklagenswert	16
Gerhard Zwerenz:	Am Ende einer Saison	44
Thomas Rothschild:	Kontrapunkt	71
<b>Rubriken</b>		
	Briefe & Reaktionen	4
	Impressum	28
	EXTRA-Buch	65
	Schallplatte des Monats	76
	EXTRA-Rätsel	92

Wien, 2. Februar 1978

## Betrifft: Leserumfrage: Auslands- berichterstattung, Konsumdaten

Ständige EXTRABLATT-Leser erinnern sich: Unserem Jännerheft lag ein umfangreicher Fragebogen bei - samt dem Ersuchen an die Leser, diesen Bogen wieder ausgefüllt an uns zurückzusenden. Bis zum Redaktionsschluß dieses Heftes waren bereits an die zwölf Prozent der Fragebogen wieder bei uns eingelangt. Und wir haben guten Grund zur Annahme, daß dieses Ergebnis noch um einige Prozent überschritten wird. Nach der Auswertung werden wir also durchaus behaupten können, ein repräsentatives Bild über die EXTRABLATT-Leser und deren Meinung über EXTRABLATT zu besitzen. Und um dieses Bild noch zu ergänzen und abzusichern, lassen wir derzeit noch eine repräsentative Marktuntersuchung über unsere Zeitschrift anstellen. Der eigentlich unerwartet hohe Anfall an ausgefüllten



Fragebogen wird es freilich auch mit sich bringen, daß wir ausführliche und endgültige Ergebnisse dieser Untersuchungen erst in einiger Zeit unseren Lesern mitteilen werden können. Bis dahin werden wohl noch einige Nachschichten für EXTRABLATT-Verlagsleiter Kurt Traar (Bild) anfallen, der die Auswertung vornimmt. Der studierte Betriebswirt und Soziologe bringt dafür auch praktische Erfahrung mit: Vor seinem Eintritt bei EXTRABLATT war er Projektgruppenleiter bei einem Meinungsforschungsinstitut.

\*

Wenn wir aus unserer Leserumfrage auch noch keine genauen Ergebnisse liefern können, so doch einige Trends. Und einer dieser Trends verweist eine unter österreichischen Journalisten kursierende Lehrmeinung, die von EXTRABLATT von allem Anfang an negiert wurde, ins Reich der Fabel: die Meinung nämlich, daß politische Auslandsberichterstattung bei österreichischen Zeitungslesern unverkäuflich sei. Von unseren Lesern wird gerade der Umstand begrüßt, daß wir eine relativ umfangreiche Auslandsberichterstattung vornehmen, die von eigenen Korrespondenten kommt, die vor Ort sitzen, und mehr ist als die nachgeschriebenen Agenturmeldungen, auf die man sich ansonsten in österreichischen Redaktionen stützt.

\*

Mit einem gewissen Befremden wurden von einigen Lesern die auf unserem Fragebogen enthaltenen Fragen nach sozialen Daten und Konsumverhalten aufgenommen. Viele konnten sich vor allem nicht erklären, wozu wir solche Fragen stellen. Die Antwort ist einfach: Eine Zeitschrift wie EXTRABLATT kann unmöglich (auch bei sparsamerer Ausstattung) von den Verkaufserlösen allein leben. Das heißt: Wir brauchen Inserate. Inserenten wollen jedoch wissen, wen ihre Werbebotschaft über ein bestimmtes Medium erreicht. Und diese Frage werden wir nach der Auswertung unserer Untersuchungen so genau wie kaum eine andere österreichische Zeitschrift beantworten können. Wir hoffen, daß auch unsere Leser dafür Verständnis haben, solange bei uns Anzeigenteil und redaktioneller Teil zwei voneinander abgeschlossene Bereiche sind - solange nicht die Anzeigenabteilung diktiert, was die Redaktion zu schreiben hat, was anderswo durchaus schon vorgekommen sein soll.

\*

Ein Autor unseres Jännerheftes muß an dieser Stelle noch nachgenannt werden: Die Fotos zu Miriam Wiegeles Bericht „Wounded Knee ist überall“ stammten nur zum Teil von Angela Aschauer - zum anderen Teil vom Ethnologen Dr. Christian F. Feest.

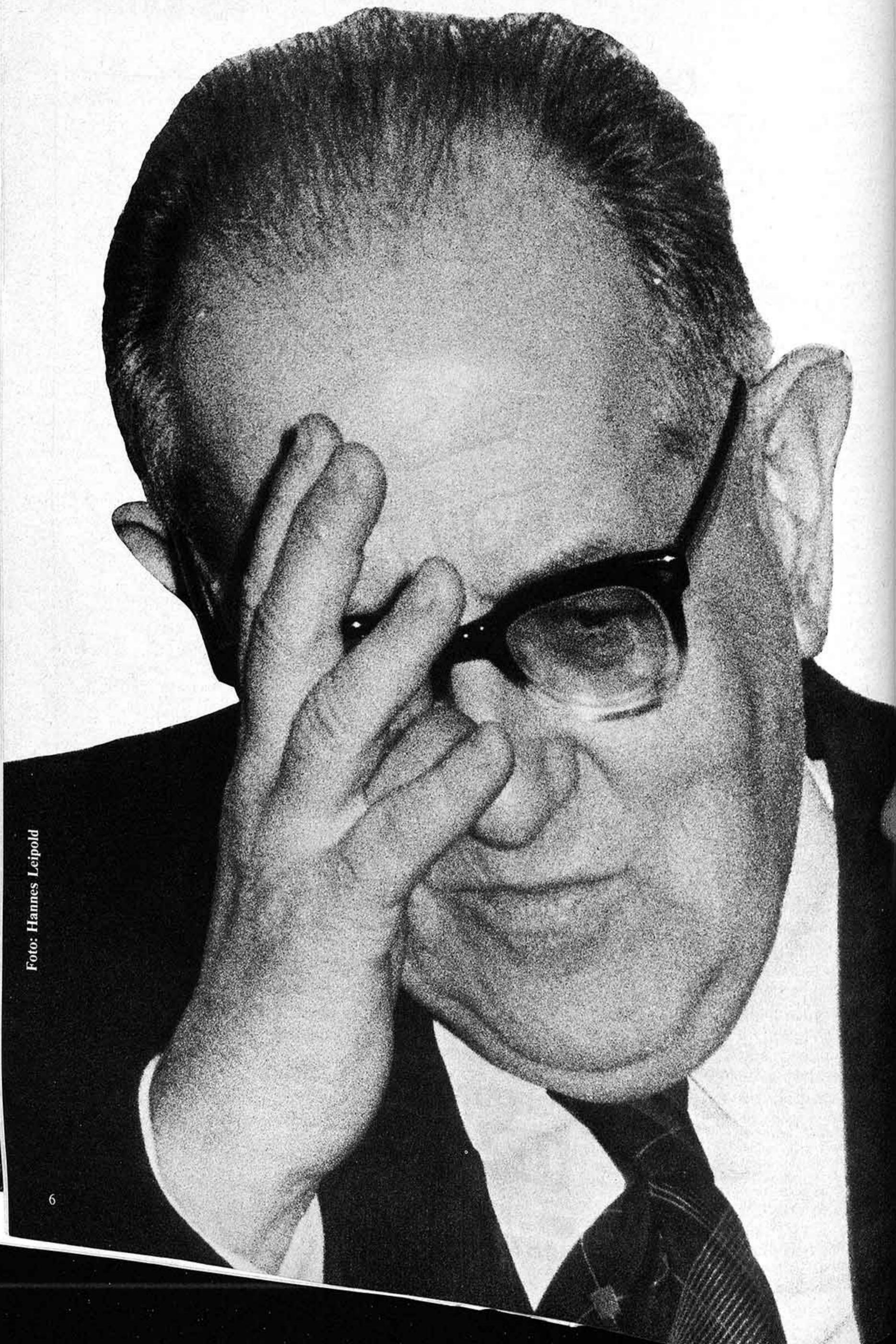


Foto: Hannes Leipold

Die 3 Karrieren des Christian Broda:

# DER LANGE MARSCH ZUM SEELENFRIEDEN

„Keiner ist so tot wie er“, dichtete die „Kronen-Zeitung“ 1966 nach der Wahlniederlage der SPÖ über den damaligen Sündenbock des Debakels. Zwölf Jahre später lebt Christian Broda noch immer. Politisch öffentlich anerkannter als je zuvor. „Broda wäre der einzige, der dem Kanzler bei öffentlichem Auftreten Konkurrenz machen könnte“, schätzt „Kleine-Zeitung“-Kolumnist und Josef-Tausfreund Kurt Vorhofer den Justizminister ein. Und doch: Der Wind weht ihm wieder ins Gesicht. Der Wind, der von rechts kommt.

Ein Bericht von Georg Hoffmann-Ostenhof, Peter Nagy und Gebhard Wimmer

**Z**war stürmt es noch nicht. Aber immerhin. Man hatte zwar gegen die Fristenlösung mobilisiert, die Person des Justizministers aber als Zielscheibe weitgehend ausgespart. Man scheiterte.

Jetzt versucht man es doch wieder. Da rufen Sicherheits- und Justizsprecher so manch Unterschwelliges gegen Christian Broda. Über der Schwelle bürgerlicher Schicklichkeit bewegen sich neuerdings wieder die Attacken des Boulevards, vor allem des „Kronen-Zeitung“-Nimmerrichter, alias Staberl.

Warum gegen Broda? Als direkten Repräsentanten linker Politik in der SPÖ kann man den Minister ja heute kaum bezeichnen. Und warum denn jetzt?

Zunächst einmal liegt es am Ressort. Wo soll eine alternative Rechte denn mobilisieren, in Zeiten der Unsicherheit, wenn nicht ganz unten? Dort, wo Sex und Angst sitzen. Und damit hat das Justizministerium in den letzten Jahren zu tun. Mit Sexualität: im Familienrecht, der Abschaffung des Homosexualitätsparagrafen, der Lockerung der Pornographie, in der Fristenlösung. Mit Angst in der Neuordnung des Strafvollzugs.

Mit der Person des Ministers hat die Eröffnung der Broda-Jagdzeit auch etwas zu tun.

Er ist freilich nicht einer jener Politiker, die man so leicht in den Griff bekommt. Er ist nicht glatt. Er ist widersprüchlich, schillernd. Und vor allem ein Mann mit Geschichte. „Für Broda gibt es keine Wärme“, meint sein Parteifreund Felix Slavik. Auf keinen Fall ist er jener Kumpeltyp von Politiker, der sich nach zwei Vierteln dem recherchierenden Journalisten eröffnet. Man hat uns vor seiner chinesischen Höflichkeit gewarnt, hin-

ter der so allerhand verborgen bleibe. Höflich und freundlich ist er, als EXTRABLATT ihn in seinem Urlaubsort Rogaška Slatina in Slowenien besucht. Aber chinesische Höflichkeit? Viel eher normale bürgerliche Umgangsformen, die jene Mischung von freundlichem Bei-der-Sache-Sein und Distanz bedeuten.

„Mein erstes politisches Erlebnis, das mich zutiefst beeindruckt hat, war der Justizpalastbrand 1927 – ich war damals elf Jahre alt. Die 90 Arbeiter, die wehrlos von der Polizei erschossen wurden; das Brennen des Gebäudes, das als Symbol für die Klassenjustiz stand . . .“, beginnt Broda in ruhigem, unemotionalem Gesprächsstil den Bericht über sein politisches Leben.

Und dann beschloß der kleine Christian Justizminister zu werden . . . So würde es nur im Märchen ablaufen. Tatsächlich stand jedoch zwischen seinem politischen Urerlebnis und seiner Berufung zum Justizminister ein langer, verschlungener und widersprüchlicher Weg.

Christian Broda kommt aus „guter Familie“. Doch in der Zwischenkriegszeit bot die bürgerliche Familie längst nicht mehr die Garantie des unbehelligten Hineinwachsens in eine klar abgesteckte Zukunft. Daß die Zeichen der Zeit nicht mehr an der Tür zum Salon haltmachten, erfuhr auch sein Vater, Dr. Ernst Broda, gelernter Nationalökonom und Jurist. Bis zum Ende der Monarchie k. u. k. Finanzbeamter, versuchte er sich dann in der ungewohnten Rolle als Jurist in der Privatindustrie, um schließlich als Rechtsanwalt früh, 1933, zu versterben.

Professor Engelbert Broda, der Bruder des Justizministers, schildert seinen Vater als zarte, oft bedrückte Natur, während die Mutter die unbestritten dominante und vitale Persönlichkeit der Familie war. Die ehemalige Schauspielerin hielt großes Haus, soweit es ihre finanzielle Lage nur irgendwie erlaubte. Max und Jenny Adler gehörten ebenso zum engeren Freundeskreis wie der Völkerrechtler Verdros oder die legendäre Burgschauspielerin Wohlgemuth. Hans Kelsen, der Schöpfer der österreichischen Verfassung, war Taufpate Christians, der schon als kleines Kind mit sozialdemokratischer Prominenz wie Otto Bauer und Karl Renner zusammenkam.

Dennoch war die Familie

überhaupt nicht politisch aktiv, wohl aber echt liberal, was schon damals eine Rarität war in Österreich.

Der Vater wählte bis zu seinem Tode christlichsozial, die Mutter tandierte eher zu den Sozialdemokraten.

Das kulturelle Klima einer absteigenden gutbürgerlichen Familie, konfrontiert mit der Katastrophe der Weltwirtschaftskrise, der aufkommende Faschismus politisierte wie selbstverständlich die Politisierung der Zwischenkriegsjugend, die Brodas Schulkamerad Friedrich Heer später

in Amerika und lernte die dort im Exil lebende österreichische Filmelite mit Fred Zinnemann, Fritz Lang und Billy Wilder kennen.

Egon Schönhof, ein guter Freund der Familie, brachte, wie Broda es heute ausdrückt, den „Hauch der Revolution“ ins Haus. Der gebildete Jurist und Humanist Schönhof war als Kommunist aus der russischen Gefangenschaft zurückgekommen und wurde der Parade-Anwalt der kleinen österreichischen KP.

Der revolutionäre Hauch verfang bei Broda. Seine Mitglied-

der „Liesl“, dem Gefängnis bei der Roßauer Kaserne.

Doch in der Zeit der Illegalität kämpfte er nicht nur gegen das austrofaschistische Regime. Seit 1936 bildete er mit einer Handvoll Genossen auch eine Oppositionsgruppe innerhalb der damals verbotenen KPÖ. Nicht lange. 1937 wurde „Janda“, wie Brodas Deckname lautete, mit der gesamten „Ziel-und-Weg“-Gruppe aus der Partei ausgeschlossen. In ihrer gleichnamigen Zeitung hatten sie sich eine Kritik an den Moskauer Hexenprozessen und den Methoden der



**Broda-Vergangenheit:** Von einer gutbürgerlichen Kindheit . . .

als „Jugend zwischen Haß und Hoffnung“ beschreiben sollte.

Daß diese Politisierung nach links und nicht nach rechts ging, war bei der liberal-humanistischen Geisteshaltung des Elternhauses vorbestimmt. Freilich spielten auch Personen eine wichtige Rolle. Onkel Willi, der Bruder der Mutter, war früh in die Welt gegangen und hatte sich einen Namen gemacht: Wilhelm Georg Pabst war Regisseur so berühmter Filme wie „Freudlose Gasse“, „Lulu“ und „Dreigroschenoper“. Der Greta-Garbo-Entdecker, der immer nach links tendierte, machte natürlich auf die Broda-Buben großen Eindruck. Sie spielten als Kinder in Pabst-Filmen mit. Als 17-jähriger besuchte Christian seinen Onkel

bei der Sozialdemokratischen Jugend war nur von kurzer Dauer. Schon mit 15 Jahren, im Jahre 1931, wechselte er, dem allgemeinen Radikalisierungstrend folgend, von der Sozialistischen Arbeiterjugend zum Kommunistischen Jugendverband.

Dort fiel der junge Broda nicht nur seinem Freund Karl Stadler, jetzt Historiker in Linz, durch „präzises Denken und Organisationstalent“ auf. Brodas erste politische Karriere hatte begonnen, und erstaunlich rasch war er leitender Funktionär des KJV.

Broda als Revolutionär – mit allen Konsequenzen: Seinen 18. Geburtstag verbringt er, kurz nach den Februarereignissen 1934, als Organisator der antifaschistischen Jugendbewegung in



. . . über den jugendlichen Revolutionär

GPU zuschulden kommen lassen.

„Wir haben die Volksfrontpolitik der kommunistischen Internationale in Spanien kritisiert, weil wir meinten, daß die Art und Weise, wie man in Spanien es versäumt hat, die revolutionäre Energie der Massen wirklich durch ein spanisches Rätssystem zu wecken, zur Niederlage gegen den Faschismus geführt hat.“

„Der große Organisator“ wurde damals der 20-jährige Christian von seinen Genossen genannt. Er war der unbestrittene Chef dieser kleinen revolutionären Gruppe, die aber dennoch starken Einfluß unter den „Roten Studenten“ im KJV und in einigen Betrieben hatte. In einer Mischung von Stolz und Under-

statement resümiert Broda seine Tätigkeit in dieser Zeit: „Wir haben unsere Arbeit ganz redlich gemacht.“

Unter dem Stichwort „Kommunismus, Marxismus“ im Tagesbericht Nr. 10 der Wiener Geheimen Staatspolizei vom 14. Juni 1943 taucht Broda wieder offiziell auf. Als „Obergefreiter Johann Christian Broda Dr. phil. und Jurist“. Er hatte an der Wiener Universität unter dem völkisch klingenden Titel „Volk und Führung im 2. Deutschen Reich“ im Jahre 1942 in Geschichte dissertiert. Freilich, mit

Tod. Die Führer der Gruppe, Walter Kämpf und Fred Rabovsky, gute Freunde Brodas, wurden im Hof des Grauen Hauses geköpft. Broda kann die direkte Teilnahme an der Widerstandsgruppe nicht nachgewiesen werden. Er bekommt nur drei Monate Haft und überlebt auch die folgenden zwei Jahre als Soldat. In den letzten Kriegstagen wird der Obergefreite dem Lazarett Amstetten als Schreiber zugeteilt. Die deutsche Armee ist in Auflösung, die Amerikaner sind vom Westen her im Vormarsch. Christian Broda ver-

war ja auch so eine Art Rat.“ Die ehemaligen Christlichsozialen, Sozialdemokraten und Kommunisten wählten Broda als „Unabhängigen“ zum Vorsitzenden. Das junge Organisationstalent, das auch noch Englisch beherrschte und somit als Verbindungsmann zur amerikanischen Besatzungsmacht fungieren konnte, bot sich als naheliegendste Lösung an. Der ehemalige Christlichsoziale Soukup wird zum Bürgermeister bestimmt – und nicht Christian Broda.

Die Gruppe geht daran, mit dem Pathos der Stunde Null und

kandidat der Kommunistischen Partei.

Auf die Frage, warum er so untypisch wieder in die KP zurückgekehrt sei, gerät der Minister das erste Mal in der Darstellung seiner Vergangenheit ins Stocken. „Ich hatte die Illusion, es könnte aus der SPÖ und der KPÖ durch freiwillige Fusion, also anders als in der DDR, eine einheitliche Partei entstehen... aber ganz rational kann ich meinen Schritt nicht erklären. Es wird wohl auch der Ausdruck meiner Loyalität gegenüber den Freunden aus der Widerstandsbewegung gewesen sein, die Kommunisten waren und nicht das Glück hatten zu überleben.“

Ende 1945 beendete Dr. Broda seine erste politische Karriere. Er zieht sich aus der Politik zurück und widmet sich dem Aufbau seiner beruflichen Existenz. Der inzwischen doppelte Doktor wird Rechtsanwalt.

Da lernt Christian Broda die Realität von einer anderen, nicht unmittelbar politischen Seite kennen.

„Durch meine Kanzlei ist die ganze Wiener Gesellschaft gegangen“, erinnert sich Broda an seine Beliebtheit als Scheidungsanwalt. Was aber seinem Ruf als Wirtschaftsadvokat ganz und gar keinen Abbruch tut. 1955 übernimmt Dr. Christian Broda beispielsweise die Rechtsvertretung der später in undurchsichtige Skandale verwickelten Waffenschmiede Oerlikon, Bühle & Co. Jahre danach wird er den Verkauf des Pressehauses an die „Kronen-Zeitung“ abwickeln.

Überhaupt legt er in dieser Zeit den Grundstein für seinen Ruf als Medienpolitiker. Bei vielen Transaktionen am österreichischen Zeitungsmarkt ist er als Vertragsanwalt beteiligt, auch bei der Gründung des „Express“, 1958. Hier ist er bereits Kopf der sozialistischen Finanzierungsgruppe, die zur Hälfte Eigentümerin des Blattes ist. Die anderen 50 Prozent des Boulevardblattes hält der Verleger Fritz Molden.

Neben dem raschen Aufbau seiner Kanzlei zeigt er nur geringe Neigung, sich wieder politisch zu betätigen; nur zögernd läßt er sich in die SPÖ integrieren. Erst 1948 tritt er auf Drängen seiner Freunde Wilhelm Rosenzweig und Otto Tschadek dem Verband Sozialistischer Juristen bei – bis zu seinem Einzug in den Bundesrat sollte er noch einige Jahre brauchen, um politisch



... zur subversiven Zeitung „Der Soldatenrat“

einer Apologie des Nazisystems hatte diese Arbeit, wie von Olah in den sechziger Jahren behauptet wurde, nichts zu tun. Es ist eine polithistorische Abhandlung über Deutschland von 1870 bis 1918.

Seine Doktorarbeit war indes nicht der Anlaß für den geheimen Gestapo-Bericht. Broda war angeklagt, an einer subversiven Soldatenzeitung mit dem Titel „Der Soldatenrat“ mitgewirkt zu haben. „In vielen Hunderten Kompanien und in allen größeren Einheiten haben sich Soldatenräte gebildet. Ihr Ziel ist es, Schluß zu machen mit Krieg und Faschismus“, wird als Programm in der ersten Nummer der Zeitung formuliert.

Broda entgeht knapp dem

schlägt es in den Frühlingstagen des Jahres 1945 ins Innviertel, in die Nähe von Ried. Seit damals hält sich ein hartnäckiges Gerücht: „Broda war kommunistischer Bürgermeister in Ried im Innkreis.“

Als der Obergefreite in Ried ankam, herrschte dort Verwirrung. Die alte nationalsozialistische Verwaltung gab es nicht mehr, eine neue Verwaltung war noch nicht eingerichtet. Amerikanische Truppen hielten Ried besetzt. Antifaschisten katholischer und linker Provenienz bildeten spontan einen „Siebenerausschuß Freies Österreich“, der unblutig die „Macht“ übernahm. Er konstituierte sich als provisorische Gemeinde- und Bezirksvertretung. Broda: „Das

amerikanischer Unterstützung, die dringlichsten Probleme der Bevölkerung anzupacken. Der ÖVP-Abgeordnete Otto Kranzelmayr erinnerte sich noch kurz vor seinem Tode 1972 an den jungen Broda: „Schon damals fiel er als fleißiger Arbeiter auf, der mit vielerlei Ideen am Sofortprogramm für die Wiederaufrichtung eines freien demokratischen Österreichs mitwirkte. Ich erinnere mich noch, daß ihm die Reinigung des kulturellen und geistigen Lebens vom nationalsozialistischen Geist zu langsam ging.“

Nachdem sich die Lage im Innviertel stabilisiert hat, kehrt Broda nach Wien zurück. Bis zum Ende des Jahres 1945 ist er Mitglied, im Herbst Parlaments-



Anton Pelinka

## Am Beispiel Christian Brodas

**W**as unterscheidet die Regierung der SPÖ von einer Regierung der ÖVP? Was hat die Regierung Kreisky zustande gebracht, was nicht auch eine Regierung Schleinzer oder eine Regierung Taus getan hätte? Manche Aspekte der Bildungspolitik – vom Gratisschulbuch bis zum Universitätsorganisationsgesetz; und die Justizpolitik – von der Strafrechtsreform bis zur Familienrechtsreform.

Christian Broda ist also ein Beleg und wahrscheinlich der wichtigste Beleg dafür, daß die Parteien in Österreich nicht einfach gleichgesetzt werden dürfen.

Brodas unstreitbare Erfolge haben freilich eine Voraussetzung: Er agiert auf einer Ebene, die nicht von der Sozialpartnerschaft beherrscht ist; er macht Politik im „Überbau“. Hier kann er die parlamentarische Mehrheit der SPÖ und die teilweise aufbereitete, öffentliche Meinung für sich, für milde sozialdemokratische oder liberale Ziele, arbeiten lassen. Im Bereich des „Unterbaus“, in allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, würde diese Koalition von parlamentarischer Mehrheit und öffentlicher Meinung nicht reichen. Hier müßte Broda die Interessen der Arbeitgeber, also der parlamentarischen Opposition, voll berücksichtigen. Sozialdemokratische Erfolge gibt es nur dort, wo es keine Sozialpartnerschaft gibt.

Broda hat für diese seine Erfolge das Muster sozialdemo-

kratischer Strategie und Taktik verwendet: zwei Schritte vor, ein Schritt zurück. Zum Beispiel beim sogenannten „Häftlingsurlaub“, der öffentlich ventiliert wurde; der zurückgestellt wurde, als die öffentliche Meinung sich dafür nicht reiferwies; der sicher wieder auf die politische Tagesordnung kommt, sobald die öffentliche Meinung sich geändert hat. Ein ähnliches Konzept, freilich weiter gespannt, kann bei der Idee einer Abschaffung eines Überflüssigwerdens der Gefängnisse vermutet werden.

Broda hat dafür, daß es ihm möglich war, Öffentlichkeit für seine Vorhaben zu gewinnen, freilich einen mehrfachen Preis bezahlen müssen. Dazu gehört: Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit des Justizapparats, Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der Öffentlichkeit, Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der Hierarchie der eigenen Partei.

Zur Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit des Justizapparats zählt vor allem, daß Broda einen Mantel des Vergessens über die Vergangenheit der Richter und der Beamten seines Ressorts gebreitet hat. Im Bereich Brodas konnten und können Nazirichter, die an politischen Todesurteilen beteiligt waren, ungestört im Namen der Republik Recht sprechen. Der Erfolg: Broda hat für seine Reformen Loyalitäten erzeugt.

Zur Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der Öffentlichkeit zählt vor allem, daß unter Broda die Prozesse gegen nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen die Menschheit ein stilles Ende gefunden haben. Mit dem Hinweis, mögliche Freisprüche werden dem Ansehen Österreichs schaden, hat Broda dafür gesorgt, daß Massenmördern aus der Zeit bis 1945 überhaupt keine Prozesse mehr gemacht werden. Der Erfolg: Broda hat Teile der öffentlichen Meinung, die nationalsozialistisch geprägt sind, neutralisiert.

Zur Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit innerparteilicher Hierarchien zählt vor allem, daß Broda betont den Gefolgsmann Bruno Kreiskys

hervorkehrt. Als Kreisky, statt das freiwillige Mitglied der SS-Mordbrigade, Friedrich Peter, zu kritisieren, seinen ganzen Zorn auf Simon Wiesenthal warf, machte kein anderer sozialistischer Politiker solche Fleißaufgaben in Kreisky-Treue wie Broda. Seither gilt Broda gerade für Linke in seiner Partei als sozialdemokratischer Hagen, der den Herrscherwillen seines Königs durch einen Stoß in den Rücken des sozialdemokratischen Antifaschismus übereifrig erfüllt.

Broda liefert in seiner ganzen Politik, in seinem gesamten Verhalten ein Beispiel für Möglichkeiten und Unmöglichkeiten sozialdemokratischer Erfolge. Er variiert die sozialdemokratische Schnecke, die Günter Grass zum besseren Verständnis der Chancen und Grenzen des demokratischen Sozialismus skizziert hat – die Schnecke Broda arbeitet sich nicht nur vorsichtig, unter ständiger Bedachtnahme auf den vorhandenen Toleranzspielraum fort, die Schnecke Broda weist überdies ein ausgeprägtes Ressortdenken auf. Was nicht direkt in seinen Bereich fällt, ist nicht Gegenstand seiner Politik, seiner Reformversuche. Seit 1966, als die „Kronen-Zeitung“ ihn zum Buhmann der Nation gemacht hat, äußert sich Broda in der Öffentlichkeit kaum zu politischen Themen, die nichts mit der Justiz zu tun haben. Sozialpartnerschaft und Eigentumsverteilung, Gesamtschule und Wirtschaftsdemokratie – das sind Themen, zu denen Broda öffentlich schweigt. Nicht, weil er nichts dazu zu sagen hätte. Sondern weil er – gewiß zu Recht – glaubt, daß er seine Justizreformen nur durchbringt, wenn er nicht mehr der „Marxist auf Samtpfoten“ ist, der zum Bösewicht hochstilisiert werden kann.

Broda steht stellvertretend für die österreichische Sozialdemokratie. Er hat in einigen gesellschaftlichen Bereichen Erfolge, weil er sich gar nicht erst auf das Risiko einläßt, in anderen Bereichen Mißerfolge zu erleiden. Er findet sich mit vielem ab, um wenig zu verändern.

und ideologisch mit sich ins klare zu kommen.

In seinem Wandlungsprozeß ging es weniger um die Alternative Diktatur oder Demokratie, sondern um verschiedene Konzepte der Demokratie: Parlamentarismus oder Räte Demokratie. Eine Frage, die seit jeher den zentralen Platz in seinem Denken einnahm.

Im Moratorium seiner elfjährigen politischen Abstinenz rang er sich zu einer wesentlichen Änderung seiner früheren Ansichten



1963: Eine Koalitionssitzung über die



„Olah hätte ein Partei-Bonaparte wer

durch. Broda holt weit aus: „Lenin hat gemeint, daß das Räte-system das endlich entdeckte System des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sei. Das war ein entscheidender Irrtum Lenins. Tatsache ist, daß die Räte nicht am Leben geblieben sind. Sie mußten verkümmern.“

Ins Parlament zieht Broda 1957 als sozialistischer Bundesrat ein. Zwei Jahre später wird er Nationalratsabgeordneter.

Brodas zweite politische Karriere hat begonnen. Broda als sozialdemokratischer Innenpolitiker. Als einer der wenigen erfolgreichen und versierten SP-Juristen mit politischer Erfahrung, der obendrein ein fast fertiges Konzept für die Novellierung des

österreichischen Rechts in der Tasche trägt, schien Broda für das Amt des Justizministers prädestiniert. Aber es bedurfte erst einer Kampfabstimmung im Parteivorstand. Viele hatten Bedenken, ob wohl ein Exkommunist für die SP ministrabel sei.

„Kreisky hat damals, 1960, maßgeblich dazu beigetragen, daß ich in die Regierung berufen wurde“, betont Broda aufs eindringlichste. Weitere Broda-Befürworter im Parteivorstand waren Verstaatlichten-Chef Wald-

Streit um Otto zu einer politischen Schlacht zwischen SPÖ und ÖVP. Widersprüchlichen Entscheidungen des Parlaments (gegen Einreise) und des Verfassungsgerichtshofes (pro Einreise) lösten eine Verfassungskrise aus. Alle Grundlagen des politischen Systems der Zweiten Republik waren heiß umkämpft: die Gewaltenteilung, die Entscheidungsmodi in Parlament und Regierung. Broda, an vorderster Front, malte das Gespenst eines „Richterstaates“ an die Wand.

ster seit 1962 strebte er immer deutlicher die Parteispitze an. Als er dann im Fernsehen Enthüllungen über Geheimakte der Staatspolizei über führende Persönlichkeiten veröffentlichte und seine sozialistischen Vorgänger Beppo Afritsch und Oskar Helmer verdächtigte, brach in der Partei eine öffentliche Führungsdiskussion aus. Überdies munkelte man bereits damals, Olah hätte die „Kronen-Zeitung“ mit Gewerkschaftsgeldern finanziert.

Broda war mit Karl Czernetz

September 1964, als Olah von der Partei als Innenminister abberufen worden war, schalteten die Olah-freundlichen E-Werke für drei Stunden den Strom aus. Am selben Tag kam es zu einer Demonstration vor dem SPÖ-Hauptquartier in der Löwelstraße. Auf den Transparenten stand „Laßt Olah in Ruhe“ und „Weg mit Broda“. Nach Olahs Ausschluß aus der Partei kam es abermals zu einer wilden Demonstration in der Löwelstraße, bei der Justizminister Broda unter antisemitischen Schmährufen tödlich angegriffen wurde.

Die Olah-Affäre wurde zu einem Zweikampf Olah - Broda hochgespielt. Es startete eine noch nie dagewesene Hetzkampagne. „Wann ist Broda aus der KP ausgeschlossen worden? Oder wird er noch als Mitglied geführt?“ putscht Cato in der „Kronen-Zeitung“ vom 10. Mai 1964 die antikommunistischen Gefühle seiner Leser auf. Die sicher nicht SP-nahe „Wochenpresse“ urteilte: „Die ‚Kronen-Zeitung‘ verfolgt Broda mit der Unbarmherzigkeit eines spanischen Großinquisitors.“

Mit der Affäre Olah war das schlechte Verhältnis zwischen Broda und der „Kronen-Zeitung“ eingeleitet. Das Kleinformat versuchte täglich, den Justizminister als Kommunisten abzustempeln. Einen Höhepunkt erreichte die Diffamierungskampagne, als im Jänner 1966 die KPÖ eine Wahlempfehlung für die SPÖ abgab. „Krone“-Schlagzeile war damals: „Linksextreme und Kommunisten für Broda als Kanzler.“ In der Folge ließen Innenminister Czettel und Broda das Blatt dreimal beschlagnahmen. Die „Kronen-Zeitung“ attackierte weiter. Mit Flugblättern, die der Zeitung beigelegt wurden: „Treten Sie zurück, Herr Minister Broda!“ und „Minister Broda schafft Sonderjustiz!“

Brodas damaliger Entwurf einer Strafrechtsreform wurde von der „KZ“ ebenfalls mit einer Schlagzeile geadelt: „Ein Geschenk für Schwerverbrecher.“

Wenige Tage später brachte der ÖGB eine Klage gegen Dichand und Falk auf Herausgabe der „Kronen-Zeitung“ ein, weil die Zeitung angeblich mit elf Millionen abgezweigten Gewerkschaftsgeldern gegründet worden sei. Das Handelsgericht verfügte eine gerichtliche Verwaltung des Unternehmens. Für 48 Stunden übernahmen ÖGB-Anwalt Wilhelm Rosenzweig und sein



Habsburg-Frage



„Weg mit Broda!“ – Die Löwelstraße während der Olah-Krise



„können“ Wem gehört die „Krone“? Olah und Dichand



Fristenlösung: „Die Lücke im Konsens“

brunner, Parteivorsitzender Pittermann und Peter Strasser, der früh verstorbene beste politische und private Freund Brodas.

Freilich, in seinem unmittelbaren Fachbereich konnte er in dieser Zeit wegen der permanenten, sich über zehn Jahre hinschleppenden Koalitionsagonie kaum etwas durchsetzen. Dafür warf Christian Broda seine jahrelang aufgestaute politische Energie auf die Innen- und Parteipolitik.

Die Habsburg-Frage brachte den ersten großen Eklat. Um die Frage, ob Dr. Otto Habsburg nach Österreich einreisen dürfe, hatte man sich bereits vier Jahre lang gestritten. In den Juni- und Julitagen 1963 eskalierte der

In einem Husarenstück gelang es ihm schließlich, die Einreise Otto Habsburgs fürs erste zu verhindern. Er einigte sich mit den Freiheitlichen auf eine Kompromißformel, und die SPÖ überstimmte mit der kleinen Oppositionspartei den großen Koalitionsbruder.

Von da an galt Broda als Scharfmacher des linken Parteiflügels. Wenig später sollte die größte Krise der Sozialdemokratie in der Zweiten Republik ausbrechen: die Krise um Franz Olah, der als Chef der Bau-Holz-Gewerkschaft in den Jahren seit 1958 immer mehr Macht akkumuliert hatte. Als Gewerkschaftspräsident, Zweiter Nationalratspräsident und Innenmini-

der erste, der Olah in der „Zukunft“ frontal angriff, allerdings ohne ihn mit Namen zu nennen. Unter dem beschwörenden Titel „Die SPÖ ist keine Führerpartei“ schreibt er: „Wahrscheinlich wären weder Stalin noch Mussolini noch Pilsudski zum Ziel gelangt, wenn ihnen rechtzeitig in voller Öffentlichkeit entgegengetreten worden wäre.“

Broda heute über Olah: „In dieser politisch labilen Zeit hätte er sich zu einer Art Partei-Bonaparte emporschwingen können. Er war wirklich gefährlich.“

Und in der Tat hatte Olah Volkstribunenhaftes an sich. In breiten Teilen der Arbeiterschaft war der saftige Gewerkschaftsboß über Maßen beliebt. Am 18.

Chefredakteur Grosberg die Zeitung. Dichand und Falk wurden vor die Tür gesetzt. Danach hob das Gericht die Verfügung wieder auf. Innerhalb von wenigen Wochen wurde die Klage des ÖGB zurückgewiesen. Auch Broda war als verantwortlicher Minister an dieser Aktion beteiligt. Dichand nennt diese Episode heute den „Sündenfall des Doktor Broda“.

Nach der gewerkschaftlichen Kaperaktion rollte die Schlagzeilenlawine der „Krone“ um so härter gegen die SPÖ. Das Volksfront-Gespens wurde wie-

bruch erlitten.“ Gleichzeitig veröffentlichte das Blatt eine sogenannte „Abschußliste“ von – wie es fand – gestrauchelten Politikern. Unter dem Bild des umstrittenen Justizministers stand: „Keiner ist so tot wie er!“

Broda lebt.

Elf Jahre später: Der kleine freundliche Mann, der uns bereitwillig und in druckreifen Sätzen Auskunft über sein Leben und seine politischen Vorstellungen gibt, läßt sich kaum mit dem Bild aus dem Jahr 1966 vergleichen. Nicht der „fanatische rote Kämpfer“, den man damals mal-

Und die Beziehung wurde in der Tat belastet: Kreisky war einer, der am längsten zu Olah gehalten hatte. Bei der Diskussion um die neue Parteiführung im Jahr 1966, Czettel oder Kreisky, gehörte Broda nicht unbedingt zu den Kreisky-Unterstützern. Broda, der die Voraussetzungen schuf, daß Kreisky Parteiohmann und später Kanzler wurde, lobt hingegen Kreisky scheinbar ohne Reserve. Er wird nicht müde, die große Bedeutung des Kanzlers in seinem politischen Leben zu betonen und Kreiskys Qualitäten hervorzu-

wortlich für die glücklose sozialdemokratische Medienpolitik, unter der der Justizminister Broda selbst am meisten leiden muß: Übermacht der bürgerlichen Medien trotz politischer Stärke der SPÖ. In diese Schwachstelle der SP-Politik fällt sicher auch die von Broda favorisierte Promotion des ehemaligen Sektionsrats im Justizministerium Otto Oberhammer zum Generalintendanten des ORF – sei diese Entscheidung nun Improvisation aus Ratlosigkeit oder gezielte Strategie gewesen.

Zu allen auch innerparteilich umstrittenen Fragen hat er sich entweder auf die Seite des Kanzlers gestellt (Affäre Peter - Wiesenthal) oder eher geschwiegen, wie in der Slowenenfrage oder beim Problem der Atomkraftwerke. Broda, auf seine innenpolitische Enthaltensamkeit im Kontrast zu seiner Rolle vor 1966 angesprochen: „Das muß man dialektisch sehen. Gerade durch meinen Rückzug aus der großen Innenpolitik habe ich doch wohl einiges bewirkt.“

Broda, der seine marxistischen Klassiker ausgiebig gelesen hat, holt sich jetzt seine Maximen eher von anderen Autoren: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ (Erich Kästner). „Die Aufgabe eines Politikers ist das Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft, Zähigkeit und Augenmaß“ (Max Weber). Diese beiden Lieblingszitate Christian Brodas charakterisieren seine Politik der letzten Jahre, wie er meint. Dem Kästner-Zitat entspricht die Tatsache, daß Broda in der Regierung Kreisky seit 1970 ohne Zweifel der produktivste und aktivste Minister war. Da kommt selbst ein Liberal-Konservativer wie Kurt Vorhofer in der „Kleinen Zeitung“ ins Schwärmen: „Dieser Mann hat in seinem Ressort mehr weitergebracht, mehr Reformen zielstrebig und dabei meist geräuschlos wie auf Schienen laufend vorangetrieben als jeder andere Kreisky-Minister in seinem Bereich.“

Vom Begeisterten des roten Oktober 1917 zum Vollender der Rechtsreform, die seit 1848 auf der Tagesordnung steht; vom Revolutionär zum Konsenspolitiker: Einen weiten Weg hat Hans Christian Broda in seinem politischen Leben zurückgelegt. Einen widersprüchlichen Weg. Solche Widersprüche zu bewältigen



Bruno Kreisky über Christian Broda: „Ein Mensch mit seinem Widerspruch“

der heraufbeschworen. Dichand rückblickend: „Wir glaubten damals, daß von Broda Gefahr für die ‚Kronen-Zeitung‘ und die Medienfreiheit in Österreich ausgeht, bei einem Mann, der unsere Zeitung besetzen läßt. Diese Maßnahmen waren gesetzlich nicht gedeckt.“

Beim Urnengang am 6. März 1966 zeigte sich, daß die Kämpfe um Olah und die „Kronen-Zeitung“ tiefe Wunden hinterlassen hatten. Die ÖVP bekommt mit 85 Mandaten die absolute Mehrheit, die SPÖ verliert zwei Mandate.

Olahs Demokratisch-Freiheitliche Partei (DFP) schafft auf Anhieb 150.000 Stimmen, von denen sicher der größte Teil auf Kosten der SPÖ geht. Broda kandidierte damals im Wahlkreis VII. Dort erlitt die SPÖ ihre größte Niederlage. Sie verlor 8.897 Stimmen. Auch in der eigenen Partei war er unten durch. Daß er bei der Jahresversammlung Sozialistischer Juristen die Wahl zum Obmann verlor, war nur ein Indiz dafür.

Die „Kronen-Zeitung“ folgerete: „Die Linksextremisten unter Brodas Führung haben Schiff-

te, sitzt uns gegenüber. Ein in sich ruhender zufriedener Mann, der seine Reformideen der fünfziger und sechziger Jahre im großen und ganzen verwirklichen konnte.

Bruno Kreisky, Erfinder der Blutgruppe-Null-Karrieren, holte den linken Buhmann der Bürgerlichen 1970 wieder in die Regierung. Er hatte keinen Besseren, meint man in der SPÖ. „Er schätzt und achtet ihn, aber seine Haltung ihm gegenüber ist ambivalent“, meint Klubobmann Heinz Fischer.

Kreisky drückt es selbst am besten aus. In der Festschrift zu Christian Brodas 60. Geburtstag schreibt der Kanzler: „Wir haben in den letzten 30 Jahren viel miteinander vollbracht, und das auf vielen Gebieten, denn das Feld unserer beider Interessen ist weit. Die Ehrlichkeit gebietet aber doch zu sagen, daß es vorkam, daß wir nicht übereinstimmten – ganz und gar nicht. War es so, dann haben wir das einander sehr klar und deutlich gesagt: offen und hart. So können nur Leute miteinander reden, die um die Belastbarkeit ihrer Beziehung wußten.“

streichen. Aber hat nicht Bruno Kreisky – wohl in zivilisierterer und urbanerer Form – Momente der von Broda so kritisierten „Olahschen Führerpartei“ verwirklicht?

Eigentlich standen Christian Brodas Aktien im Jahr 1970 recht günstig. Denn neben Bruno Kreisky saß noch ein zweiter Mann an den Schalthebeln der Macht, der von Olahs Sturz politisch profitierte: Gewerkschaftspräsident Anton Benya. In der „Kronen-Zeitung“-Affäre standen ÖGB-Boß und Justizminister dann gemeinsam an vorderster Front. Seither fesselt die drei Spitzenpolitiker ein Band gegenseitiger Verbindlichkeiten.

Brodas dritte politische Laufbahn ist ein neuerlicher, diesmal partieller Rückzug aus der Politik. Er beschränkt sich weitgehend auf seinen Fachbereich, das Justizressort. Aber eben nur ein partieller Rückzug.

In der laufenden Parteiprogrammdiskussion ist er, berichtet Klubobmann Heinz Fischer, einer der fleißigsten Mitarbeiter der Ministerriege. Der Medienfachmann Broda ist aber auch zweifelsohne zentral mitverant-



Während dem bundesdeutschen Bruder langsam alles links von Helmut Schmidt suspekt wird, trifft der Bannstrahl politischer Disziplinierung in Österreich meist Lehrer, die nur ein bißchen formale Demokratie verwirklichen wollen. Die Hierarchie in der Schule verteidigt trotz zum Teil moderner Unterrichtsgesetzgebung ihre starren Strukturen.

**P**rofessor Leyrer hielt eine Trauerminute für die toten Terroristen! Mit derartigen Gerüchten sieht sich Karl Leyrer, Geschichtsprofessor am Bundesgymnasium im steirischen Gleisdorf, nun seit drei Monaten mit konstanter Regelmäßigkeit konfrontiert. Seit Allerheiligen blüht die dortige Gerüchtebörse: Leyrer habe den Schülern nahegelegt, zu einer „Trauerfeier“ in schwarzer Kleidung zu erscheinen, habe die Schule nach den Stammheimer Selbstmorden schwarz beflaggen wollen und verteile RAF-Broschüren. Einige Eltern drohten auf der Jahreshauptversammlung des Elternvereins der Schule am 19. Dezember 1977, sie würden ihre Kinder aus der Schule nehmen, sollte Leyrer nicht „entfernt“ werden.

Leyrer („I bin Sozialist, aber nirgends Mitglied“) kann sich

den Ursprung der Vorwürfe gegen ihn zwar nicht erklären, aber „ich weiß, daß ich dem (ÖVP-dominierten) Elternverein seit längerem wegen meiner Ansichten suspekt bin“ (Leyrer). Inzwischen forderte der Landesschulrat für die Steiermark vom Schulleiter, Direktor Illiewich, einen Bericht über Leyrer. Leyrers Gattin Margit, selbst Professorin an der Gleisdorfer Schule, bekam vor einigen Wochen einen Anruf, ob es stimme, daß ihr Mann Selbstmord begangen habe – ein anonymes Anrufer hatte dies einer Grazer Zeitung „gesteckt“. Leyrer: „Alle Gerüchte entbehren jeglicher Grundlage – aber hier herrscht bald eine Art Pogromstimmung gegen uns. Man hat mir sogar vorgeworfen, ich sei Leiter einer hiesigen Terrorgruppe.“

Die zuständige Fachinspektorin, Frau Hofrat Dr. Hartwig,

hält die Vorwürfe gegen Leyrer für aus der Luft gegriffen. Trotzdem verfaßte der Elternvereinsvorstand Anfang des Jahres einen Protestbrief gegen Leyrer an den zuständigen Amtsdirektor. Prompt flatterte Leyrer eine Vorladung ins Haus. „Es ist halt sehr schwer, solchen Verleumdungen wirksam entgegenzutreten“, skizziert der verunglimpftete Lehrer seine Lage. „Wildfremde schimpfen mich im Wirtshaus auf einmal einen dreckigen Kommunisten – ich meine, politisch gefärbt ist jeder Unterricht, aber was soll diese Hetze gegen mich?“

Als Beamter, der neben dem allgemeinen Dienstrecht auch noch dem „besonderen Dienstrecht für Lehrer“ untersteht, kann sich Leyrer nur auf dem Dienstweg beschweren und zur Wehr setzen. Er darf sich nicht öffentlich gegen die Beschuldi-

gungen verteidigen, obwohl diese sehr wohl in aller Öffentlichkeit gegen ihn erhoben werden.

### Schizophrene Schulsituation

Um Leuten wie Karl Leyrer zu helfen, hat sich vor einem halben Jahr das „Komitee gegen politische Diskriminierung am Arbeitsplatz“ konstituiert, das in einer Pressekonferenz 25 „Fälle“ vorstellte, in denen hauptsächlich Junglehrer über ihr allzu großes Demokratieverständnis und ihre Versuche gestolpert waren, Schüler zu kritischen Menschen zu erziehen. „Das Medienecho auf die Pressekonferenz war leider gleich Null“, klagt Dr. Uwe Bolius, Sprecher des Komitees und selbst „Geschädigter“ seiner Auffassungen von repressionsfreier Pädagogik.

Bolius: „Bei uns werden – im

Gegensatz zur BRD – meistens eher Leute diskriminiert, die gegen bestimmte alteingesessene Strukturen verstoßen, also solche mit dezidiertem politischem Bekenntnis.“ Eines solchen Bekenntnisses möchte sich das Komitee vorderhand auch enthalten. Sozialisten, Kommunisten und kritische Christen sollen gemeinsam Fälle von politischer Diskriminierung am Arbeitsplatz recherchieren und an die Öffentlichkeit bringen. Im Komitee ist man nicht sicher, „ob uns die Zeitungen bisher nicht etwa deshalb totgeschwiegen haben, weil wir auch KPLer dabei haben“

Elisabeth Massiczek, Komitee-Mitarbeiterin und Mitglied des „Bundes Demokratischer Lehrer“, ist trotzdem zuversichtlich: „Immerhin hat man dem Herrn Wimmer zwei Tage vor der Pressekonferenz eine Stelle gegeben.“

Michael Wimmer, Sondervertragslehrer an der Wiener Neustädter Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe, war zu Schulschluß vergangenen Jahres darüber gestolpert, kein rotes Parteibuch zu besitzen. Im Beisein seines Lehrerkollegen Luigi Holoubek hatte ihm die Schulleiterin, Hofrat Dr. Friederike Gampé, erklärt, sie könne seinen Vertrag wegen „zu freier Dienstauffassung“ (Wimmer hatte ohne ihr Wissen eine Physik- mit einer Mathematikstunde vertauscht und mit den Schülerinnen ein Theaterstück über den Schulalltag geprobt) nicht mehr verlängern, es sei denn, er könne sich entschließen, der SPÖ beizutreten. (Gampé: „Ein besoffener Sozialist ist mir immer noch lieber als ein anständiger Schwarzer.“)

Wimmer weigerte sich: „Unter Druck trete ich nirgends bei.“ Die Schulleiterin zeigte sich für den Augenblick versöhnlich, um Wimmer zwei Tage später mitzuteilen, daß er an der Schule nicht mehr erwünscht sei. Zu Schulschluß und Anfang September 1977 verfaßt Wimmer hierauf Flugblätter („Ich will hier weiter unterrichten!“), die er vor der Schule verteilt. Die Schülerinnen stehen hinter ihrem Lehrer und sammeln Unterschriften für Wimmer und den Lehrer Holoubek, der über seine Unterstützung für Wimmer zu stolpern droht.

Während die Schulbehörde nach einer Klage Holoubeks beim Arbeitsgericht einlenkt,

bleibt Wimmer weiterhin ohne Stelle. In einem „im Namen aller Eltern“ (ohne deren Wissen) verfaßten Brief dankt hierauf der Kriminalinspektor und Elternvereinsobmann Josef Schodl der Direktorin Gampé für ihr „hartes Durchgreifen gegen den undemokratischen Außenseiter Wimmer, der die Schülerinnen aufwiegelt, gegen die Gesetze und Verordnungen unseres Rechtsstaates zu verstoßen“.

Durch seine Flugblattaktionen kam Wimmer auch mit der Schulbehörde und dem Bürgermeister Barwitzius, dem Schulhalter, in Konflikt. Seit Mitte



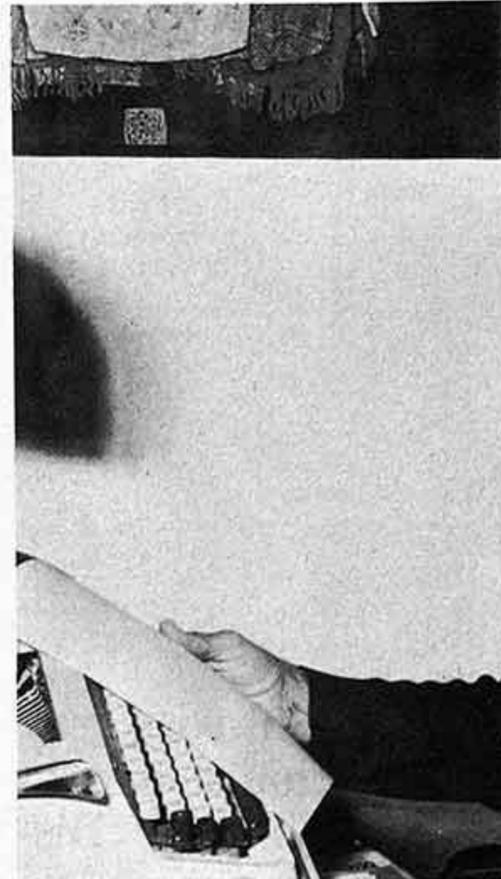
Peter Schmidt: „Ein reiner Tor!“

November darf Wimmer nun am Bundesgymnasium in Floridsdorf 17 Wochenstunden Musik unterrichten. Wimmer: „Ich verseehe dort allerdings Dienst für einen kranken Kollegen. Der kann in zwei Wochen oder in drei Monaten gesund sein . . .“

Obwohl es sich das Komitee zur Aufgabe gemacht hat, Diskriminierungen in allen Arbeitsbereichen, wie Betrieben, Schulen, Medien usw., aufzuzeigen, rekrutieren sich vorläufig fast 90 Prozent der von Bolius und Co. dokumentierten Fälle aus der Lehrerschaft. Bolius: „Die Institution Schule ist heute trotz teilweise recht moderner Gesetze noch immer sehr hierarchisch. Das führt an vielen Schulen zu unüberbrückbaren Gegensätzen.“ Viele Junglehrer ecken bereits an und „gefährden die harmonische Ruhe des Lehrkörpers“, wenn sie auch nur versuchen, das teilweise fortschrittliche Gedankengut,

mit dem sie an der Pädagogischen Akademie konfrontiert werden, in „gutem Glauben“ an ihrer Schule anzuwenden. Ein junger Geschichtslehrer faßt dieses Problem zusammen:

„Im Gegensatz zu Deutschland hat's bei uns unter Umständen ein KP-Mitglied als Lehrer, der nicht zu sehr auf die Pauke haut, leichter als ein g'standener ÖVPLer, der den Kindern das Duzwort anbietet.“ Elisabeth Massiczek, selbst Junglehrerin und Komitee-Mitglied: „Wir wollen keine Einzelpersonen im Beamtenapparat diffamieren, sondern versuchen, die Strukturen aufzuzei-



Komitee-Chef Bolius: Wer an alteingesessene Strukturen stößt . . .

gen, die bei so vielen Junglehrern zu Problemen führen.“

Strukturen, die den angehenden Pädagogen vor die Wahl stellen, die meisten Erkenntnisse moderner Erziehung zu vergessen oder sehr rasch mit der Hierarchie Schule in Konflikt zu kommen.

Ungeachtet eines zum Teil recht demokratischen Schulunterrichtsgesetzes unterliegen die Lehrer nämlich einer Art „Sondergerichtsbarkeit“. Als Beamte müssen sie nicht nur einen Diensteid auf die Republik Österreich und die Verfassung ablegen, sondern auch schwören, alle Anordnungen der Vorgesetzten genauestens zu befolgen und inner- und außerhalb des Dienstes niemals gegen die „Standesehre“ zu verstoßen.

Seit 1. Jänner 1978 ist der Begriff der „Standesehre“ zwar aus dem Disziplinarrecht verschwunden, bei einer Beschwerde gegen einen Lehrer kann sich

die Untersuchungskommission aber auf die „Pflichten des Lehrers“ berufen: Und dort wurde die Standesehre im Gesetzestext beibehalten.

Peter Böhm, selbst Lehrer und Mitglied des mit der Begutachtung des neuen Dienstrechts betrauten sozialistischen „Zentralvereins der Wiener Lehrer“: „Trotz der Novellierung hat ein Lehrer immer noch viermal soviel Pflichten wie Rechte.“ Theoretisch kann heute jeder Schulleiter dem Lehrer vorschreiben, wann er wo welches Bild aufhängen muß und ähnliches.



Auch die sogenannte „Doppelbestrafung“ durch ein Strafgericht und die Disziplinarkommission (auch bei einem gerichtlichen Freispruch) ist nach dem neuen Dienstrecht abgeschafft. Durch ein Hintertürchen kann eine Disziplinarkommission die alte Gesetzeslage allerdings wieder hereinholen: wenn „Wiederholungsfahr“ besteht. „Die müssen dann hellsehen können“ (Böhm).

### Beim Putzen knie ich ja auch . . .

„Ich hätte nie gedacht, daß ausgerechnet mir so etwas passieren kann“, steht der 37jährige Hauptschullehrer Peter Schmidt heute fassungslos vor dem – vorläufigen – Ende seiner pädagogischen Laufbahn. 70.000 Schilling Schulden für Rechtsanwaltskosten, kein Arbeitsplatz und der

unfreiwillige Umzug aus dem neugebauten Einfamilienhaus in Aigen/Oberösterreich sind die Quittung, die die Landesbehörden dem Albert-Schweitzer-Fan Schmidt ausgestellt haben.

Im Herbst 1973 kommt Schmidt, nachdem er kurze Zeit eine kleine Volksschule an der bayrisch-tschechischen Grenze geleitet hat, in die Hauptschule nach Aigen. Noch aus der Zeit seines Maturantenlehrgangs am (damaligen) Bischöflichen Lehrerseminar in Linz steht er unter dem tiefen Eindruck, den die christliche Pädagogik auf ihn gemacht hat. Er wird Mitglied des

Die stellvertretende Schulleiterin Eva Kourek wirft Schmidt vor, „Unruhe in den so harmonischen Lehrkörper“ zu bringen. Die von Schmidt angegriffenen Unterrichtsmethoden seien absolut in Ordnung: „Wenn ich mein Zimmer putze, knie ich ja auch...“ (Kourek).

Schmidt versucht hierauf, die Lehrervertreter des Bezirks und den obersten Lehrpersonalvertreter von Oberösterreich, Direktor Paul Raab, über die Behandlung der Schüler zu informieren. Doch er rennt gegen eine Mauer von Schweigen und wichtigtuerscher Betretenheit.

stände nur auf dem Dienstweg anprangern. Der verzweigte Beamtenapparat tritt in Aktion. Aus dem Ankläger Peter Schmidt wird unversehens ein Angeklagter.

In den folgenden Wochen werden sechs Disziplinarverfahren gegen den „Aufmüpfigen“ eingeleitet. Die „Mühlviertler Nachrichten“ vom 11. November 1976 schlagzeilen: „Hat Peter Schmidt auch Schüler geohrfeigt?“ Das Kesseltreiben gegen den Lehrer zieht sich in der kleinen Ortschaft bald auch in sein Privatleben.

Schmidt versteht die Welt nicht mehr: „Ich hab' mich au-

gezogen hat – und teilweise übers Ziel hinausgeschossen ist.“ Zu diesem Zeitpunkt wartete Schmidt noch immer auf Antwort.

Schmidt resigniert: „I bin a reiner Tor. Ich hab' schon an so viele Stellen Briefe geschrieben, um Unterstützung gebeten – aber ich werd' ignoriert. Wenn ich einmal an Briefkrieg, so ist das meistens ein Disziplinarverfahren.“

„Das Beamtendienstrecht ist derart grobmaschig, daß man praktisch jedem damit die Schlinge um den Hals legen kann“, weiß auch die AHS-Professorin Veronika Seyr aus eige-



**Exbeamtenboß Gasperschitz:** Da hat man mich falsch verstanden



**Vorsitzender Sommer:** Kreisky is ja auch Gewerkschaftsmitglied!

in Oberösterreich stark dominierenden „Christlichen Lehrervereins“ (CLV). Um so entsetzter ist Schmidt, als er seine Ideale jäh mit der Realität an der Aigner Schule konfrontiert sieht.

„Die Kinder mußten oft die ganze Zehnminutenpause am Gang knien, die Hände auf dem Rücken, weil sie nicht mitgesungen hatten, Prüfungsfragen nicht beantworten konnten und ähnliches. Oder sie wurden von manchen Lehrern an den Haaren gerissen und geohrfeigt“ (Schmidt).

In naiver Lauterkeit wendet sich der Junglehrer an seine Kollegen, ohne jedoch auf Verständnis zu stoßen. „Manche waren für diese Methoden, manche gaben mir recht – aber nur unter vier Augen“ (Schmidt). Nach einem „aufwiegenden“ Aufsatzthema („Unangenehmes aus der Schulzeit – wäre es nicht anders gegangen?“) kommt es zum offenen Konflikt mit der Schullei-

Der Christliche Lehrerverein ist mit der christlichen Gewerkschaftsfraktion verbandelt, die christlichen Gewerkschafter, CLV-Funktionäre und Lehrpersonalvertreter sind zum Teil ein und dieselbe Person. So fungiert Direktor Paul Raab als

- Obmannstellvertreter des oberösterreichischen CLV,
- Vorsitzender der Landessektion Pflichtschullehrer in OÖ.,
- Mitglied des Zentralausschusses der Personalvertreter oberösterreichischer Landeslehrer,
- FCG-Gewerkschafter und als
- Mitglied der Disziplinaroberkommission für Volksschulen.

Als Schmidt auf dem Dienstweg Anzeige erstatten will, bringt man ihn durch „gutes Zureden“ davon ab („Keiner wird aussagen – wir finden auch gegen Sie etwas“). Der verunsicherte Lehrer wendet sich schließlich über „teileobjektiv“ an die Öffentlichkeit und gerät damit unters Messer: Denn ein Staatsdiener darf Miß-

berstande gesehen, da länger standzuhalten!“

Peter Schmidt ist inzwischen nach Wien gezogen, lebt im Krankenstand und versucht, gemeinsam mit seiner kranken Frau, das im 17. Wiener Gemeindebezirk gemietete Holzhäuschen winterfest zu machen. Schmidt heute: „Im Mühlviertel halten s' mich für an Linken, dabei fühl' ich mich eigentlich weltanschaulich eher bei der ÖVP zu Hause!“

Derzeit kämpft er um gewerkschaftliche Rechtshilfe. Mitte November vergangenen Jahres schrieb er an den Leiter der Rechtsabteilung in der Beamten-gewerkschaft, Dr. Hanns Waas, und bat um rechtliche Unterstützung. Während Schmidt wochenlang auf eine Antwort der Gewerkschaft wartete, meinte Waas zu EXTRABLATT: „Man kann den Herrn Schmidt nicht unterstützen, weil er da auch Gewerkschaftsmitglieder in die Auseinandersetzung hinein-

ner Erfahrung. Im Frühjahr 1975 erklärte ihr der Leiter ihrer Schule, er werde ihren Vertrag nicht mehr verlängern, da sie

- durch ihre Erziehung zu Kritik und Emanzipation die Schuldziplin gefährde,
- ein frei gewähltes Referat über ein sexuelles Thema nicht verhindert habe
- und durch ihren Einsatz für den (im Gesetz vorgesehenen! Anm. d. Red.) Schulgemeinschaftsausschuß die Ruhe an der Schule störe.

Veronika Seyr verdankt ihr Verbleiben an der Schule nur ihrem guten Verhältnis zu den Schülern, Eltern und Kollegen. Ein Lehrerkollege Seyrs, der Religionslehrer Peter Forstner, der sich gemeinsam mit ihr für den Schulgemeinschaftsausschuß eingesetzt hatte, kam schlechter weg. Sein „Fall“ wurde an das Erzbischöfliche Schulamt weitergereicht, das befand, Forstner

„betone zu sehr soziale Fragen“ und sei als Religionslehrer nicht weiter tragbar. Forstner arbeitet heute (nach zehnmonatiger Arbeitslosigkeit) in einem Schulungsheim der Arbeiterkammer als Bibliothekar. Der Geschaßte hätte „zwar schon noch Lust, pädagogisch zu arbeiten, aber ich hab' keine Chance, noch einmal in diesem Job tätig zu werden“.

### Seltsame Personalunionen

Von gewerkschaftlicher Seite haben Lehrer in Schwierigkeiten wenig zu erwarten. Neben Peter Schmidt machte auch Veronika Seyr schlechte Erfahrungen. „Die haben gesagt, ich sei kein Mitglied, obwohl ich's schon zwei Jahre lang war.“

Lehrer in Schwierigkeiten haben auch sehr oft das Problem, daß ihr Personalvertreter gleichzeitig der Schulleiter ist. Denn ein als Lehrervertreter Gewählter muß sein Mandat keinswegs zurücklegen, wenn er innerhalb seiner „Amtszeit“ (fünf Jahre) zum Schuldirektor avanciert.

Um den gewerkschaftlichen Rechtsschutz kann zwar jedes Mitglied ansuchen, bekommt ihn aber nur, wenn kein anderes Gewerkschaftsmitglied in den Konflikt verstrickt ist. Was leicht passieren kann, wenn der Gewerkschaftsvertreter gleichzeitig der Vorgesetzte ist.

Ein Radikalerlaß, wie ihn der ehemalige Beamtenboß Gasperschitz vor zwei Jahren forderte – und schnell wieder abschwächte –, scheint somit gar nicht nötig zu sein – es gibt ja das besondere Dienstrecht. Auch der jetzige Chef der Beamtenengewerkschaft, Rudolf Sommer, sieht kein Problem bei der Vertretung der Lehrerschaft: „Der Dr. Gasperschitz ist seinerzeit mißverstanden worden. Die Bestimmungen sind ausreichend.“ Ein Beamter habe in erster Linie seine Pflicht zu tun. „Wenn es Mißstände gibt, kann er diese ja aufzeigen. Dann wird sich in der Öffentlichkeit ein Urteil bilden; wenn dies nicht der Fall ist, dann hat es halt keinen Mißstand gegeben – das ist ja Ansichtssache“, wischt Sommer alle Bedenken beiseite. Auch die „Personalunionen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern in vielen Fällen stören ihn nicht: „Schaun S', der Herr Bundeskanzler ist ja auch Gewerkschaftsmitglied!“ □



Theodor Prager

## Hoechst beklagenswert

**S**ie weint, aber sie nimmt, soll Friedrich II. von Maria Theresia gesagt haben; es ging um die Aufteilung von Polen. Sie weinen, aber sie nehmen, könnte man von den Konzernen sagen; es geht um die Aufteilung von staatlichen Forschungsgeldern.

Im klassischen Lande der freien Marktwirtschaft, den USA, werden gut zwei Drittel der Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung vom Staat finanziert. Der Löwenanteil davon wird der Industrie zur Verfügung gestellt, die damit ihre Labors betreibt. Ähnliches gilt für fast alle anderen westlichen Industrieländer. Nur in Japan, den Niederlanden und der Schweiz wird die Forschung von den Konzernen überwiegend nicht nur durchgeführt, sondern auch finanziell bestritten. Um so mehr halten sie sich dafür an den Verbrauchern schadlos. Daß zum Beispiel die Preise gewisser Pharmakonzerne dank ihrer Monopolstellung maßlos überhöht sind, hat man immer schon vermutet, gerichtsnotorisch wurde es anlässlich der Untersuchungen der britischen Monopolkommision über die Preise für Valium und Librium. Hoffmann-La Roche drohte zunächst mit Liefersperre, gab dann aber klein bei und refundierte dem britischen Gesundheitsdienst hübsch ein paar Millionen Pfund, um im Geschäft zu bleiben.

Seither sind die Pharmakonzerne nicht nur darum bemüht, ihre Produkte anzupreisen, sondern auch sich selbst: Als mißverständene Wohltäter der Menschheit. Wenn man sie

nur in Ruhe arbeiten lassen würde! Da forschen und werken sie Tag und Nacht, gehen enorme finanzielle Risiken ein, synthetisieren Tausende neue Substanzen, um jeweils ein brauchbares Präparat zu entwickeln, und dann kommt der Staat und wirft ihnen Prügel vor die Füße: Qualitäts- und Preiskontrollen, Auflagen und Steuern, daß die Schwarten krachen. Und es wird immer schlimmer: „Wildwuchs staatlicher Kontrollmaßnahmen in den USA, Verstaatlichungstendenzen in Frankreich und Italien“ – so Vorstandsmitglied Wolfgang von Pölnitz bei einer Pressekonferenz der Hoechst AG in Frankfurt.

Gut, Frankreich und Italien, dort wird ja kräftig bolschewistisch, aber Amerika? Leider gibt es auch dort bedenkliche Erscheinungen. Zeitungen, die öfters was aufdecken. Senatoren, die nicht nur Konzernlobbyisten sind. Öffentliche Gesundheitseinrichtungen, die sich nicht gerne „übernehmen“ lassen. Konsumentengruppen, die keinen Genierer haben. Ein eigenes Regierungsdepartement, das angehalten ist, Lebensmittel und Medikamente unter die Lupe zu nehmen und auch die entsprechenden Geschäftspraktiken.

So daß man heute weiß: 95 Prozent aller Gesundheitserfordernisse können durch maximal 200 Medikamente gedeckt werden, gegenüber den vielen Zehntausenden Markenartikeln, die auf den Markt kommen. Die überwiegende Mehrzahl ist überflüssig, wenn nicht schädlich; bestenfalls Variationen zum Thema. Der Kostenaufwand der Pharmakonzerne für Werbung ist grö-

ßer als für Forschung und Entwicklung, und auch von diesem dient der größte Teil bloß einem „molekularen Roulette“ (so der Fachausdruck), um bestehende Patente zu umgehen und einen Markthappen zu sichern.

Über das alles schweigt Herr von Pölnitz sich aus. Dafür macht er in Ideologie. Zwischen 1961 und 1973, erzählt er („Die Presse“, 21. November 1977), sind weltweit insgesamt 1.017 neue (neue?!) Wirkstoffe entwickelt worden. Nur 46 davon stammen aus „sozialistischen“ Ländern. Was weiter nicht verwunderlich sei, denn, so fragt er rhetorisch, „können Sie sich einen Beamten vorstellen, der eine Million in ein Forschungsprojekt steckt?“

Nein, das können wir nicht, weder in Ost noch West. Weder dort noch hier sind es nämlich Beamte, die Geld in irgendwelche Projekte stecken, vielmehr wird die Sache so gehandhabt, daß die staatlichen Forschungsgelder über eigene, dafür zuständige Gremien geleitet werden, die ihrerseits mehr oder minder autonom über die Endverteilung bestimmen. Das mag im Osten noch etwas bürokratischer zugehen als bei uns, immerhin gibt es auch dort Forschungserfolge (auf dem Pharmasektor dürfte es z. B. Ungarn mit Österreich ohne weiteres aufnehmen); und bei allen Forschungserfolgen im Westen ist es auch hier der Staat, der finanziert. Nascht nicht auch Hoechst am staatlichen Forschungstopf der BRD mit, und kommen ihre hiesigen Töchter nicht zum Forschungsfonds der gewerblichen Wirtschaft? Sie kommen, und sie nehmen...

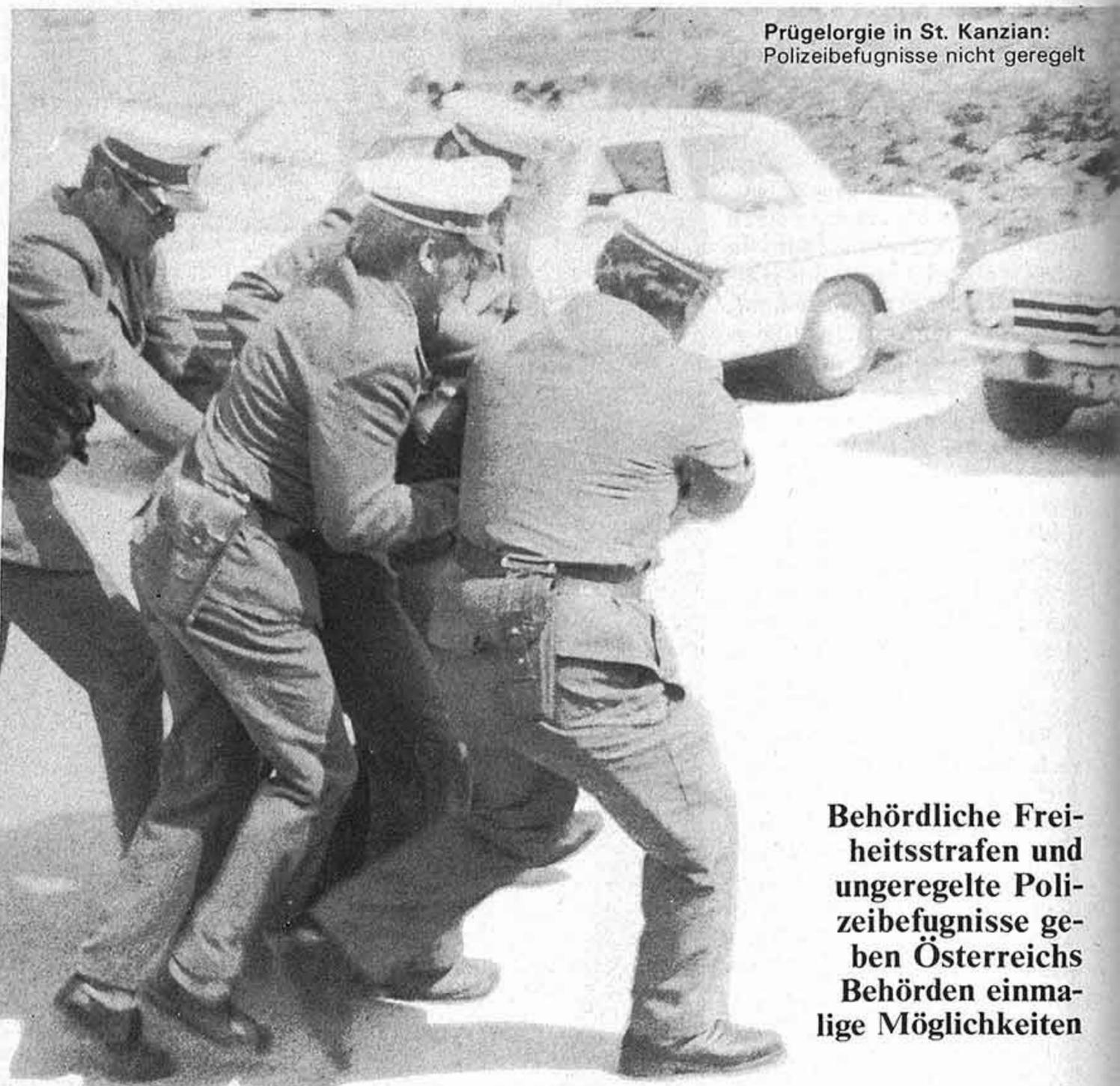
**Sima:** Ich glaube, daß es Menschen aller politischen Richtungen gibt, die eine demokratische Entwicklung unseres Landes wünschen, eine Aktivierung der demokratischen Kräfte, und die bedrückt sind von der Manipulation, der man heute in Kärnten über Medien und Organisationen und anderes mehr ausgesetzt ist. Ob jedoch die Zeit eines produktiven Ausbruches schon gekommen ist, ob die Zeit dafür bereits reif ist, vermag ich noch nicht zu beurteilen.

**EB:** Sie schließen aber auch nicht aus, daß die Zeit dafür sehr rasch reif werden könnte?

**Sima:** Ja, die politischen Vorgänge, die Dynamik in der Weltpolitik und auch in Österreich, das sich ja der weltpolitischen Entwicklung nicht entziehen kann, was ja auch jetzt im wirtschaftspolitischen Zusammenhang von der Führung unserer Republik immer wieder betont wird, ist so stark in Bewegung und nimmt oft so unvorhergesehene Wendungen, daß dies durchaus möglich ist. Wir haben es ja auch – um ein negatives Beispiel herzunehmen – im Jahre 1972 kaum für möglich gehalten, daß ein Ortstafelgesetz eine solche Reaktion in diesem Umfang und mit diesen verheerenden Wirkungen auslösen wird. Es ist durchaus denkbar, daß über gewisse Vorgänge eine Ernüchterung eintritt und daß diese Hemmungen, die die Menschen heute noch stark beeinflussen und belasten, gesprengt werden könnten, um einem neuen Weg, einem humanistischeren Weg in unserem Lande zum Durchbruch zu verhelfen.

**EB:** Wenn diese Dynamik nun eintritt, wenn sich eine neue Kraft im erwähnten Sinn bildet – würden Sie sich einer solchen Kraft zur Verfügung stellen, wenn man Sie darum ersucht?

**Sima:** Ich möchte in erster Linie festhalten, daß ich persönlich aufgrund der bitteren Erfahrungen, auch menschlichen Erfahrungen, keine besonderen Ambitionen mehr habe, wieder aktiv in das politische Leben einzusteigen. Ich habe die höchste Funktion im Lande erreicht und weiß, wie wenig beglückend letzten Endes auch solche Positionen sind. Natürlich ist aber auf der anderen Seite auch das Verantwortungsbewußtsein vorhanden und die Tatsache, daß man ein politischer Mensch ist. Das läßt sich ganz einfach nicht beseitigen, nicht abschreiben. □



Prügelorgie in St. Kanzian:  
Polizeibefugnisse nicht geregelt

**Behördliche Freiheitsstrafen und unregelmäßige Polizeibefugnisse geben Österreichs Behörden einmalige Möglichkeiten**

## Verfassung in schlechter Verfassung

Ein Bericht von Peter Pilz und Kurt Langbein

**Österreichs Verwaltungsstrafrecht ist einmalig. So einmalig, daß ein Universitätsassistent von Klassenjustiz spricht, biedere Polizisten bei dem Gedanken an eine Änderung Angst vor der Zukunft bekommen und die Juristen der Europäischen Menschenrechtskonvention in Straßburg angesichts der österreichischen Rechtslage nur noch den Kopf schütteln. In Österreich können nämlich Verwaltungsbehörden – einmalig zumindest in Europa – Freiheitsstrafen verhängen. Und zusätzlich öffnet das Fehlen eines Polizeibefugnisgesetzes behördlicher Willkür Tür und Tor.**

**W**enn man in seinem Stammlokal Lokalverbot hat, bietet Bramberg im Bezirk Zell am See wenig Alternativen. Deshalb ging Josef Tscharp auch fünf Wochen nach einem solchen vom dortigen Wirt ausgesprochenen Verbot noch immer in sein Stammlokal. Alles in allem ungefähr fünfmal. Kurze Zeit später präsentierte ihm die Bezirkshauptmannschaft die Rechnung: 93 Tage Arrest.

Josef Tscharp war Opfer einer Rechtslage geworden, über die, laut Verfassungsrechtler und ÖVP-Abgeordneten Dr. Felix Ermacora, sogar die Juristen in Straßburg den Kopf schütteln. In Österreich können nämlich – im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern – Freiheitsstrafen durch Verwaltungsbehörden ohne richterlichen Entscheid verhängt werden. Wo sogar in Uruguay und in der Tschechoslowakei Richter urteilen, strafen in Öster-

reich Beamte – nicht unbedingt zum Vorteil der Betroffenen.

Das Kopfschütteln der Europa-Richter nützt indes wenig. Verletzungen der Menschenrechtskonvention können in diesem und ähnlichen Fällen nicht geahndet werden, da Österreich alle Konventionen und Pakte nur mit Vorbehalt unterzeichnet. Gibt es laut Artikel fünf der Europäischen Menschenrechtskonvention eine „Verhaftung nur aufgrund des Befehls eines ordentlichen Gerichts“, so merkte Österreich an: „Artikel fünf wird mit der Maßgabe unterfertigt, daß die im Verwaltungsstrafrecht angeführten Freiheitsstrafen unberührt bleiben.“

Die Einmaligkeit des österreichischen Verwaltungsstrafrechts bekam auch Rudolf Berner in seinem Wiener Wohnbezirk zu spüren. Berner wurde zufällig Zeuge einer Schlägerei und versuchte, schlichtend einzugreifen. Als wenig später Polizei eintraf,

bezeichnete einer der Schläger Berner als jene Person, die ihn verletzt habe. Da Berner keinen Ausweis bei sich hatte, wurde er festgenommen. Auf dem Kommissariat wurde ihm „mit allem Nachdruck“ nahegelegt, ein Geständnis abzulegen. Berner hatte nichts zu gestehen und wurde auch drei Monate später von einem ordentlichen Gericht freigesprochen. Bis dahin verbrachte er aber noch 15 Tage in Arrest. Fünf Tage für „Störung der Ordnung an einem öffentlichen Ort“, fünf Tage für „Verletzung des öffentlichen Anstandes durch Beschimpfung“ und weitere fünf Tage für „Verletzung des öffentlichen Anstandes durch Lärmverursachung“. Die Überredungskunst der Beamten ließ ihn dazu noch einen Rechtsmittelverzicht unterschreiben.

Das Gesetz, das diese Haftstrafen ermöglicht, hat Geschichte. 1925 löste das Verwaltungsstrafgesetz das noch aus der Monarchie stammende „Prügelpatent“ ab. 1929, unter den Vorzeichen des heraufdämmernden Austrofaschismus, wurden einige verschärfende Bestimmungen hinzugefügt, 1950 wurde es, praktisch unverändert, wiederverlautbart.

Die 1925 mit dem Gesetz angestrebte „Vereinfachung der Verwaltung“ durch behördliche Freiheitsstrafen bringt indes dem Betroffenen im wesentlichen nur Nachteile. Verurteilungen sind bei Dutzenden Bagatelldelikten möglich und erfolgen relativ willkürlich. Da im Gegensatz zum Strafrecht Verwaltungsstrafen addiert werden können, kom-



**Gastarbeiter Erol Sever:**  
In die Türkei abgeschoben

men bei einigem guten Willen der Beamten schöne Latten an Strafen zusammen.

Ähnlich eingeschränkt sind die Verteidigungsrechte<sup>1)</sup>. Einsprüche gehen an dieselbe Behörde – wird der Verfassungsgerichtshof angerufen, dauert's ein paar Jahre und kostet dementprechend viel.

Die Betroffenen sind immer die gleichen: Angehörige schwacher, an den Rand der Gesellschaft gedrängter Gruppen. Die anfangs erwähnten Jugendlichen sind ein Teil davon, Unterstandslose ein anderer. Einem dieser „Sandler“ beispielsweise wurde wegen seines ungepflegten Äußeren in einem Wiener Spital, in dem er wegen eines Beinleidens behandelt wurde, die Benützung der Toiletten verboten. Die Not war größer als die Scham –

<sup>1)</sup> Die Verhandlungen sind nicht öffentlich, was vor allem Jugendliche, deren Eltern nicht eingreifen können, trifft. Wegen der ungenügenden Rechtsmittelbelehrung wird vom Einspruchsrecht, das aufschiebende Wirkung hätte, fast nie Gebrauch gemacht. Darüber hinaus gehen Einsprüche an dieselbe Behörde, die das Urteil spricht...

er ging in den Park hinter die Büsche. Zwei Wochen lang konnte er daraufhin über seine „Störung der öffentlichen Ordnung“ im Arrest nachdenken.

Dem Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer ist das noch zuwenig. Statt das soziale Problem „Unterstandslose“ energisch anzugehen, drängt Haslauer wieder einmal auf ein „Landstreichergesetz“ – vielleicht doch in Unwissenheit darüber, was man mit solchen Gesetzen schon alles gemacht hat.

Die Unterstandslosen sind aber noch lange nicht die Schwächsten gegenüber den Behörden. Der „Sandler“ ist wenigstens noch Österreicher – die Perser, Türken und Jugoslawen arbeiten und studieren „nur“ bei uns. Wer von ihnen gegen die „Interessen der Republik Österreich“ oder gegen die vielzitierte öffentliche Ordnung verstößt, kann ausgewiesen werden. Zur „Vorbereitung oder Sicherung“ der Ausweisung ist eine „Sicherheitsverwahrung“ – die Schubhaft – bis zu drei Monaten möglich. Einer „allfälligen Berufung“ wird die aufschiebende Wirkung aberkannt.

Die beiden Perser Reza Hachemi-Kartchagani und Hadi Handjani bekamen die Ausländerfreundlichkeit der österreichischen Fremdenpolizei bereits 1974 zu spüren. Da die Teilnahme der beiden Studenten an einer Demonstration „gegen offizielle Gäste der österreichischen Regierung den öffentlichen Interessen zuwiderläuft“, wurden beide verhaftet und abgeschoben. Das Recht, sich ein Land freier Wahl auszusuchen, wurde ihnen verwehrt. Beide wurden, mit Handschellen gefesselt, in einen Zug in Richtung Persien gesetzt. Nur dank der jugoslawischen Behörden, die sie sofort nach Überschreiten der jugoslawischen Grenze auf freien Fuß setzten, entgingen sie dem Schicksal mancher anderer Gegner des Schahs im Iran: jahrelanger Haft mit Folter oder gar dem Tod.

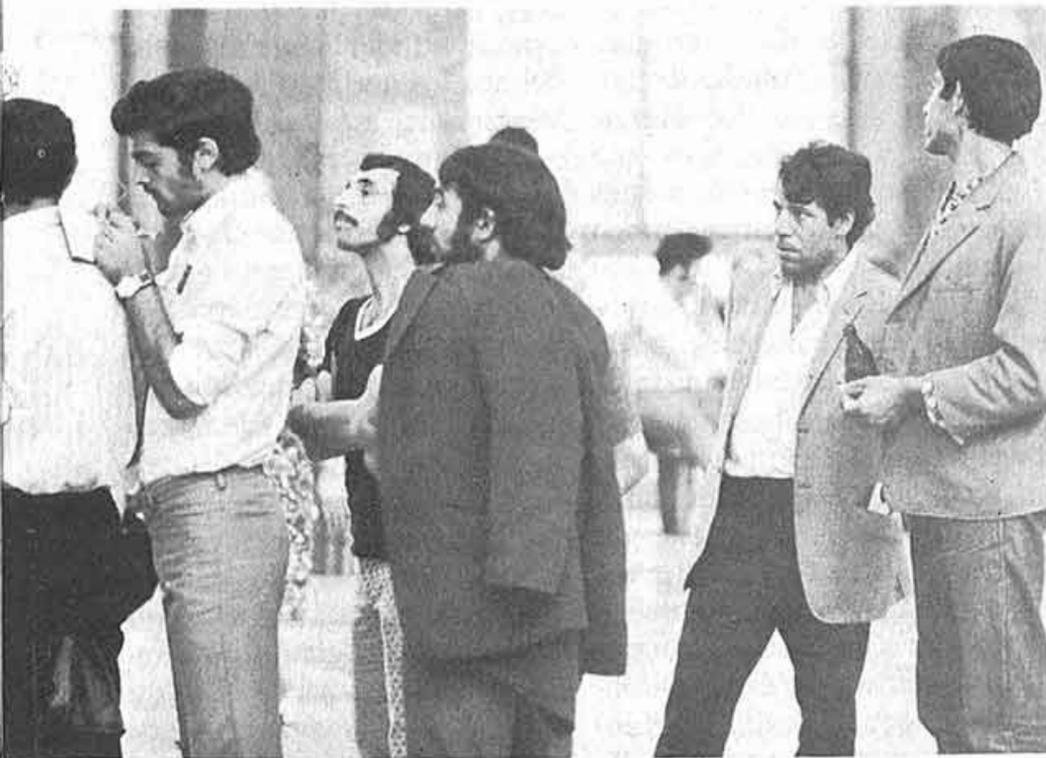
Die Behörden haben aus diesem Fall gelernt. Der türkische Gastarbeiter Erol Sever, der wegen der Äußerung „Schluß mit den Schikanen der Fremdenpolizei“ am 6. Dezember letzten Jahres in Wien verhaftet worden war, wurde bereits am nächsten Tag zum Flughafen gebracht und in die Türkei abgeschoben.

Sind die Freiheitsstrafen gegen Jugendliche, „Sandler“ und Ausländer wenigstens rechtlich noch

gedeckt, so stellen die Freiheitsstrafen wegen Verstößen gegen das Heeresdisziplinarrecht einen offenen Verfassungsbruch dar. Abgesehen davon, daß hier Freiheitsstrafen nur gegen Präsenzdiener, nicht aber gegen Offiziere verhängt werden können, sind die Militärstrafen durch den österreichischen Vorbehalt zur Menschenrechtskonvention nicht gedeckt. In der Schweiz und in den Niederlanden wird aus ähnlichem Grunde das ganze Militärstrafrecht derzeit völlig umgekrempelt; in Österreich wird lieber weiter die Verfassung gebrochen.

Freiheitsstrafen sieht das österreichische Verwaltungsstrafrecht aber auch für andere Bereiche vor. Allerdings – für Verletzungen des Lebensmittelgesetzes, von Arbeitssicherheitsbestimmungen oder bei Finanzvergehen sind nicht die „Sandler“, Ausländer und Jugendlichen die Verantwortlichen. Die Vergehen der honorigen Rechtsbrecher werden auch entsprechend milde geahndet. „In der Praxis zahlt der größte Wurstvergifter ein paar tausend Schilling, eingesperrt wird da nicht“, beschwert sich ein frustrierter Lebensmittelpolizist über die „Konzilianz“ der Behörden. Nicht anders bei der Sicherheit am Arbeitsplatz: 1.060 Verwaltungsstrafen ergaben laut Statistik des Arbeitsinspektorats einen durchschnittlichen Strafsatz von 1.685 Schilling.

Nicht nur der Universitätsassistent für öffentliches Recht, Doktor Manfred Matzka, vermutet hier Klassenjustiz. Wozu aber die international einzigartigen Bestimmungen des österreichischen Verwaltungsstrafrechts wirklich gut sind, führt zu wilden Spekulationen. Der Menschenrechtler Ermacora weiß es nicht: „Seit 30 Jahren hat niemand etwas daran gefunden. Für die Parteien ist das Ganze überhaupt kein Problem“, meint der ÖVP-Mandatar und verspricht, „sich um die Sache zu kümmern“. Ermacora selbst ist für die Abschaffung der Freiheitsstrafen im Verwaltungsrecht; in seiner Partei wittert er aber bereits heftige Opposition. Von ÖVP-Generalsekretär Sixtus Lanner gibt es keine Stellungnahme. Der in der letzten Zeit ziemlich angeschlagene Paradebauer hält sich für inkompetent – vielleicht nicht ganz zu Unrecht, erinnert man sich an seine Parlamentsreden zur inneren Sicherheit in Österreich.



**Gastarbeiter in Österreich:** Schubhaft jederzeit möglich

Die Straftenden selbst melden konkrete Bedürfnisse an. „Wenn wir da keinen mehr in Arrest stecken dürfen, ist die Autorität auch bald futsch“, ängstigt sich ein – begreiflicherweise anonym bleiben wollender – Polizeibeamter vor einer radikaleren Verwaltungsstrafreform. Dabei sind die Widerstände innerhalb der Exekutive abgestuft. Die Angst des Kriminalpolizisten übertrifft die Bedenken des uniformierten Beamten bei weitem. Der Zauber der Montur hält so einen Teil der österreichischen Polizei im psychischen Gleichgewicht.

Aber nicht nur die Angst vor geistigen Gleichgewichtsstörungen hemmt die polizeiliche Reformfreude. Auch ganz konkrete Vorteile stehen auf dem Spiel. Wenn die 48-Stunden-Frist für vorläufige Festnahmen nicht reicht, kann bis heute noch immer eine Freiheitsstrafe, zum Beispiel wegen „ungestümen Verhaltens“, angehängt werden. Eine Anpassung des österreichischen Verwaltungsstrafrechts an die Europäische Menschenrechtskonvention würde mit diesen „Dienst erleichterungen“ Schluß machen.

Wesentlich schwerer Schluß zu machen ist mit anderen Privilegien der Exekutive. Bis heute gibt es in Österreich kein Polizeibefugnisgesetz. So können Polizei und Gendarmerie gerade zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ im Rahmen bisher geltender Gesetze agieren – und von ihrem Ermessen über Recht und Unrecht ausgiebig Gebrauch machen. Hat man von harten Maßnahmen danebenstehender Gendarmen gegen Ortstafelstürmer in Südkärnten bisher noch nichts gehört, so erinnert man sich um so besser, wie am 8. August 1976 Kärntner Gendarmerie zur Gaudi versammelter Deutschnationaler und Altnazis Slowenen und unbeteiligte Passanten in St. Kanzian niederprügelte. Obwohl der Verfassungsgerichtshof am 6. Oktober 1977 erstmalig in Österreich das Verhalten der Gendarmeriebeamten in einigen Punkten verurteilte, wurde ein Großteil der Südkärntner Prügelorgie noch nachträglich von Österreichs obersten Richtern sanktioniert.

So wurde dem Slowenen Janjo Malle zwar zugestanden, „dadurch, daß ihn Gendarmeriebeamte zur Weitereskortierung wiederholt an den Haaren zerrten, in dem in Artikel drei Men-

schensrechtskonvention gewährleisteten Recht auf Unterlassung einer erniedrigenden Behandlung verletzt“ worden zu sein, die – durch Zeugen und Fotos dokumentierten – Schläge und Tritte gegen ihn und andere Festgenommene sind aber durch die Bank rechtlich gedeckt.

Mit dem Gummibegriff „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ – der in politischen Auseinandersetzungen in der Regel gegen Antifaschisten gerichtet wird – geschehen aber auch skurrilere Dinge. So störte der Student Eckhard Kunze „die Ordnung an einem öffentlichen Ort“ im Werte von 1.000 Schilling – durch das Absingen der Worte: „Ei, ei, ei, da ist die Polizei!“

Ähnlich wie die Bestimmungen erweisen sich aber oft auch die Prinzipien diverser Beamter als durchaus dehnbar. So stellte der neuernannte Chef der Kriminalpolizei einer österreichischen Landeshauptstadt seine Geschäftstüchtigkeit in Sachen Verbrechensbekämpfung unter Beweis. Anlässlich seines Antrittsbesuches bei der dortigen Bewährungshilfe kam es zu folgendem Vorschlag: Ihm sei bekannt, daß von der Bewährungshilfe betreute Jugendliche des öfteren wegen Bagatellen verurteilt würden. Man könne in solchen Fällen das Strafmaß drastisch reduzieren, wenn sich die Bewährungshilfe sonst „kooperativ“ zeige. Sollten die Bewährungshelfer die Denunziation ihrer Klienten ablehnen, müsse man mit entsprechend höheren Strafen rechnen.

Der Broda-Sekretär Dr. Sepp Rieder will „das Verwaltungsstrafverfahren tendenziell dem normalen Strafverfahren angleichen“, sieht aber derzeit wenig Möglichkeiten für eine echte Reform. „Reformieren können wir, wenn wir dazu Voraussetzungen in der Öffentlichkeit vorfinden“, mißtraut der Ministersekretär der allgemeinen Stimmung. Der SP-Klubobmann Dr. Heinz Fischer formuliert es noch klarer: „Natürlich ist das Ganze äußerst bedenklich. Aber bei der derzeitigen Terrorhysterie würden nur wenige einsehen, warum man die Befugnisse der Exekutive einschränken sollte.“

So können die Sicherheitsfanatiker aller drei Parteien einen vorläufigen Erfolg verbuchen: Die selbst international bestaunten Auswüchse des österreichischen Verwaltungsrechts werden bestehenbleiben. □

Fortsetzung von Seite 12

## Broda: Der lange Marsch...

gen gibt es in Österreich ein probates Mittel. Verdrängen, verleugnen, tabuisieren. Broda scheint da anders. Er steht seiner Vergangenheit im großen und ganzen positiv gegenüber. Er schaut nicht geniert weg, wenn er einen Exgenossen aus der KP in der Öffentlichkeit trifft, wird berichtet. Er hat seine Vergangenheit in seine politische Identität integriert. Der Justizminister ist mit seiner Lebensgeschichte so ziemlich im reinen.

Passen bei näherer Betrachtung nicht auch seine politisch-theoretischen Überlegungen mit seiner Entwicklung recht gut überein?

„Jede große Bewegung fängt revolutionär an und wird ab einem bestimmten Grad des Erreichten ‚revisionistisch‘, d. h. revidiert die ursprünglich revolutionären Absichten. So auch die Arbeiterbewegung.“ Bei der Geschichte sei es ebenso: „Jeder revolutionären Epoche, jeder Revolution, folgt eine Phase des Revisionismus, des Ausruhens von den Anstrengungen und Entbehrungen. Eine Epoche der Evolution. So war es bei der Französischen Revolution, und so war es auch bei der russischen, und so scheint auch die Entwicklung in China zu gehen“, holt Broda weit aus. Ob das nicht ein etwas fatalistisches Geschichtsbild sei, etwa den Stalinismus mit all seinen katastrophalen Wirkungen als notwendige Folge der Revolution zu sehen?

Hier verläßt Broda seine Bedächtigkeit: „Nein, überhaupt nicht... Gerade die evolutionäre, schrittweise Politik der Sozialdemokratie ist der einzige Weg, der Enttäuschungen und Entartungen des Revisionismus in seinen verschiedenen Formen verhindern kann.“ Also klare Absage an Revolution.

„Ich bin aber nicht bereit, in einer Art nachträglichen Fatalismus wieder die Überlegung auf den Kopf zu stellen und zu sagen, man hätte die geschichtlichen Revolutionen gar nicht erst anfangen sollen. Die Kräfte des evolutionären Wegs waren eben damals zu schwach. Deshalb gälte es immer wieder den evolutionären Weg zu stärken. Ich bin absoluter Vertreter des evolutionären Wegs.“

So hat er seine Lebensgeschichte mit objektiver Geschichte synchronisiert. In der „revolutionären Epoche“ war er revolutionär, in der „evolutionären Epoche“ heute ist er ein Mann der großen Schritte.

Und die kleinen Schritte müssen im Konsens mit den großen politischen Kräften gegangen werden.

Die letzten sieben Jahre seiner Amtszeit scheinen seinem strategischen Konzept recht zu geben. Sicherlich im Kontrast zur Bilanz der gesamten Bundesregierung, deren reformatorische Verbesserungen als Ganzes kaum an die ihres Fachministers im Justizressort heranreichen.

Aber, so könnte man fragen, waren die Zeit der SP-Regierung nicht eher fette Jahre? Jahre der relativen wirtschaftlichen Prosperität, Jahre des Aufbrechens alter Vorstellungen und Vorurteile, Jahre des Aufbruchs der Entwicklung zu neuer Liberalität – die sich in anderen Ländern früher und durchaus nicht so konfliktlos entwickelte? Den fetten Jahren sollen nun magere folgen, so sagen es die Ökonomie-Auguren aller Lager voraus. Das Klima ist schon rauher geworden. Der Hauptpartner Brodascher Konsenspolitik, ÖVP-Justizsprecher Hauser, versucht am Stil der Anti-Broda-Hetze vor 1966 anzuknüpfen, wenn er von der Parlamentstribüne poltert: „Herr Minister Broda, Sie sind der Bevölkerung unheimlich.“ Und die „Kronen-Zeitung“ schießt sich wieder auf den „grand old man“ der Justiz ein: Beim „Häfenurlaub“, bei Brodas Vision einer gefängnislosen Gesellschaft und bei dessen Stellung zu den Medien.

Trotzdem: Broda ist Optimist. Ein Zukunftsoptimismus – heute weitgehend aus der Mode gekommen –, der ihn, so scheint es, an die Quellen seines politischen Lebens zurückführt. Ungebrochener Fortschrittsglaube, Glaube an die Kraft der Vernunft und des Arguments und die Vorstellung der friedlichen Erweiterung der „Inneren Freiheit“ – ein von Broda oft gebrauchtes Bild – sind Bestandteil bürgerlicher Aufklärung, die sicherlich im liberalen Elternhaus Brodas zu Hause war. □

**B**ei der Vorbereitung für Wahlkämpfe erinnert man sich ihrer: der Armen, der Alten, der Kinder, der Behinderten. Österreichs Parteifrauen haben, in einer Pause zwischen Muttertagsfeiern und Bezirksrunden, neue Objekte realpolitischer Mildtätigkeit entdeckt: die „geschlagenen Frauen“. Während jedoch die SP-Frauen noch damit beschäftigt waren, ihren Antrag für den Gemeinderat von „feministischen Reizworten“ zu säubern, trat schon Frau Fleming (ÖVP) auf den Plan und verlangte ein „Mutter-Kind-Heim“. Auf viel Lob werden die Parteifrauen in den eigenen Reihen nicht stoßen. Ein so systematisch verdrängtes Problem wie Gewalt in der Familie öffentlich zu machen läßt massiven Widerstand erwarten. Wer am kollektiven Familienglück der Industriegesellschaft zweifelt, muß mit Aggressionen rechnen.

Gewalt gegen Frauen, heißt es z. B., ist ein gesellschaftliches Randproblem: Vergewaltigungen werden von einigen wenigen Kriminellen und Perversen verübt; Gewalttätigkeit gegen Frauen in der Ehe kommt bei Alkoholikern der Unterschicht vor.

Die Bagatellisierung von Bedrohung und Gewalt gegen Frauen erfolgt über zwei gesellschaftliche Mechanismen: die Integration der Gewalttätigkeit in das „Normale“, von ihrer Nichtwahrnehmung bis zu ihrer Vermarktung in Werbung, Pornographie und Sexualität, und ihre Deklassierung zu einem statistischen Problem.

Die Alltäglichkeit der Gewalt gegen Frauen zeigt sich am deutlichsten in dem Bereich, wo sie ihre Selbsterfüllung finden sollen: in Ehe und Familie. Die Familienideologie paralyisiert Frauen; sie brechen Studium und Ausbildung ab oder beginnen erst gar nicht damit, ordnen sich den Interessen des Mannes oder Freundes unter. Sie suchen nicht nach einer eigenen Identität, denn die Identität ist ihnen schon vorgegeben in Form stereotyper, anonymer Aufgaben: „ihm eine gute Frau sein“.

Die Erwartungen an Ehe und Familie: Liebe, Harmonie, Solidarität, ein Refugium, Sicherheit, Versorgung, brechen zusammen vor der gesellschaftlichen Realität: entfremdete Arbeit, Machtgefälle, Interessenkonflikte, Konkurrenz, Ausbeutung. Die Unmöglichkeit der Er-

Gewalt in der Ehe:

# Mein Mann ist Terrorist



Ein Bericht von Cheryl Benard und Edit Schlaffer

**Wie ihre ausländischen Geschlechtsgenossen prügeln Österreichs Männer ihre Frauen quer durch alle sozialen Schichten. In anderen Ländern hat sich die Frauenbewegung bereits „Häuser für geschlagene Frauen“ geschaffen. Nach Jahren der Ignoranz ist es nun auch in Österreich soweit. Selbst die Parteien können das Problem nicht länger ignorieren.**

wartungen trifft Frauen härter als Männer, weil sie weniger Alternativen haben und sowohl materiell als auch psychisch vom Erfolg der Ehe abhängiger sind. Marcuse schreibt, daß der „Erfolg des Systems darauf beruht, die Möglichkeiten von Alternativen undenkbar zu machen“.

„Genau das ist der Kern der Frage, weshalb mißhandelte Frauen bleiben. Die mißhandelte Frau glaubt oft, gerade in den Rollen zu versagen, durch die sie von der männlichen Gesellschaft definiert wird (Ehefrau und Mutter), und deshalb meint sie, irgendwie selbst dran schuld zu sein, daß sie geschlagen wird. Hierin liegt die wahre Wirksamkeit der Ideologie“ (Sarah Haffner: „Gewalt in der Ehe“).

Wir treffen Frau M.<sup>1)</sup>, verheiratet mit einem Angestellten, in ihrer Wohnung. Das erste Jahr

ihrer Ehe verlief friedlich, doch mit der Geburt ihres jetzt zehnjährigen Sohnes begannen die Jahre ihrer emotionalen Unsicherheit und Erniedrigung. Alles kann zum Auslöser von Gewaltausbrüchen werden: fehlende Zigaretten, ein abgerissener Hemdknopf, das im Vorzimmer spielende Kind. Das bringt diese Frau nicht dazu, an der Ideologie zu zweifeln, sondern an sich selber; sie sucht die Ursachen für ein Selbstverschulden. Der Widerspruch zwischen Hoffnung und Realität wird ihr nicht bewußt; sie arrangiert sich. In ihrem Wohnzimmer steht das Hochzeitsfoto auf dem Fernseher neben der beim letzten Streit eingetretenen Tür.

<sup>1)</sup> Angaben aus unserem Forschungsprojekt: „Entstehungsbedingungen und Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen in der Ehe.“

Solche Situationen gibt es in Stadtrandsiedlungen und im Cottageviertel, bei Arbeitern und bei Akademikern. Nicht das Ausmaß der Gewalttätigkeit unterscheidet sie, sondern nur die Umstände der Konfliktauflösung und die Bereitschaft, darüber zu reden. Man kann keine Verallgemeinerungen treffen über Schicht- und Alterszugehörigkeit, Bildungsgrad und Dauer der Ehe; verallgemeinern läßt sich nur die Gewalt.

Die Frauen der Mittel- und Oberschicht teilen zwar die Privilegien ihrer Männer, sind sich aber bewußt, daß ihr Status und Lebensstil von der Beziehung abhängen. Bei Gericht ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß der Richter sich scheut, wegen „häuslicher Streitigkeiten“ und „Entgleisungen“ die Karriere ihrer Männer zu gefährden.

Der soziale Status der Frau leitet sich von dem ihres Ehemannes ab, das Festhalten an der Ehe ist zugleich das Festhalten an ihrer gesellschaftlichen Stellung. „außer heinz gibt es nichts, etwas, das besser ist als heinz, ist für brigitte absolut unerreichbar, etwas, das schlechter ist als heinz, will brigitte nicht haben. brigitte wehrt sich verzweifelt mit händen und füßen gegen den abstieg, der abstieg, das ist der verlust von heinz“ (Elfriede Jelinek: „Die Liebhaberinnen“).

Frauen, die der häuslichen Gewalttätigkeit entkommen wollen, müssen wie Flüchtlinge alles hinter sich lassen; das erfordert, daß sie den Bereich verlassen, von dem sie Schutz und Sicherheit erwarteten. Frauen, die schon vor ihrer Ehe vermindert konkurrenzfähig waren, sollen jetzt – mit schlechter oder keiner Ausbildung, oft nach jahrelanger Aussetzung der Berufstätigkeit, meist mit unversorgten Kindern und mit dem zusätzlichen Makel gesellschaftlicher Deklassierung – neu anfangen.

Die 37jährige Frau Z. versuchte diesen neuen Anfang. Daß ihr Mann, Tischler, sie schon im zweiten Jahr ihrer Ehe schlug, ertrug sie in Hinblick auf ihre kleinen Kinder. Als er sie aber vergewaltigte, war ihr das weitere Zusammenleben unmöglich; sie zog aus der Wohnung aus und wurde schuldig geschieden, weil nur außereheliche Vergewaltigung ein Delikt ist. Jetzt arbeitet sie in einer Fabrik am Rande des Neubausilos, in dem sie lebt. Akkordarbeit hält sie gesundheitlich nicht durch, ihr Lohn für unqua-

lifizierte Arbeit reicht nicht aus. Als wir sie besuchten, war ihr wieder die Elektrizität abgedreht worden, weil sie mit den Zahlungen im Rückstand ist. Durch den Verlust des Mannes wurde aus einer Mittelstandsfrau ein Sozialfall.

Die Angst davor, in die Situation der alleinstehenden Frau zu geraten, bewirkt bei Frauen eine Bereitschaft zu Unterordnung und zu Dienstleistungen, die durch die permanente Gefahr einer „Entlassung aus dem Dienstverhältnis“ selbst bei Erfüllung aller Pflichten noch verstärkt wird.

Frau K., 55 Jahre alt, fünf Kinder, wurde nach 36jähriger Ehe nach einer erstmals tätlichen Auseinandersetzung von ihrem Mann, Prokurist, aus der Wohnung geworfen. Sie hatte sich geweigert, ein Schriftstück zu unterzeichnen, in dem sie auf alle finanziellen und juristischen Ansprüche gegen ihn verzichtet. Er wollte sich von ihr trennen, da sie seiner Ansicht nach nicht mehr seinen intellektuellen Ansprüchen genüge.

Die Angst der Frauen vor Sanktionen bei einer Infragestellung der Ordnung ist durchaus berechtigt. Im Privatleben wie im öffentlichen Bereich werden Überschreitungen der weiblichen Rolle mit Gewalt erwidert. Den Frauen wird massiv die Gewißheit ihrer Machtlosigkeit und Minderwertigkeit vermittelt. Jugendämter und Beratungsstellen werden regelmäßig von Frauen aufgesucht, die sich nach ihren „Rechten“ erkundigen: Sie wollen wissen, ob ihnen der Mann verbieten darf, mit einer Freundin ins Kaffeehaus zu gehen, aus dem eigenen Gehalt eine Zeitschrift zu abonnieren oder einen Abendkurs zu besuchen.

Manipulatives Verhalten, das Erpressen der Familienmitglieder mit der eigenen Selbstlosigkeit und Aufopferung, der Tausch von Liebe, Gehorsam und Unterordnung gegen soziale und finanzielle Versorgung, Selbstmordversuche oder Krankheitssymptome, durch demonstrative Verzweiflung den Mann zum Nachgeben bewegen – das sind die einzigen Strategien, die Frauen in einer Situation völliger Machtlosigkeit zur Verfügung stehen.

Die Aussichtslosigkeit individueller Lösungen für ein politisches Problem unterstreicht die Forderung der internationalen Frauenbewegung nach einer dop-

pelten Vorgangsweise in bezug auf Gewalt gegen Frauen.

Unmittelbar gilt es, den Frauen Unterstützung zu bieten. Das leisten die Frauenhausmodelle in England, der BRD, Holland und den USA. „Früher hab' ich meinem Mann gesagt, wenn du mich wieder schlägst, geh' ich weg“, erzählt uns eine 42jährige Hausfrau. „Aber der hat nur gelacht und gesagt, wo kannst denn du schon hingehen.“ Frauenhäuser bieten Frauen und ihren Kindern einen relativ sicheren Ort, der weder Heim- noch Behördencharakter hat und an dem sie mit Unterstützung qualifizierter Fachleute (Juristen, Sozialarbeitern...) ihre Zukunft überdenken können. Schon die Existenz einer solchen Möglichkeit reduziert die völlige Ausweglosigkeit

klärt man die Betroffenen für abnormal. Aber die Gewalt liegt nicht in den einzelnen, sondern in der Gesellschaft: in der Organisation der Arbeit und im Verhältnis der Geschlechter zueinander. Daß Männer ihre Interessen und ihren Willen in der Ehe mit physischer Gewalt oder Drohungen durchsetzen, ist nur eine intensivere Form der allgemeinen männlichen Gewalt gegen Frauen. „Jede Frau“, heißt es in der Frauenbewegung, „ist in irgendeiner Form mit männlicher Gewalt konfrontiert. Mit Zornausbrüchen des Chefs, Anpöbelungen und Anspielungen bis zur Gefahr der Vergewaltigung.“ Die ständige Bedrohung, die Notwendigkeit, männlichen Zorn nicht herauszufordern, nur zu bestimmten Tageszeiten und nur

stützen. Die Prinzipien der Autonomie des Hauses und die Achtung der Frauen als selbstverantwortliche Personen müssen sich gegen die Einstellung der Institutionen durchsetzen. Wenn der Wohlfahrtsstaat ein soziales Problem nicht mehr übersehen kann, wird der Versuch unternommen, es durch Aufbewahrungsinstitutionen der sozialen Wohlfahrtsmaschinerie und Entmündigung der Betroffenen zu verwalten.

Bei Paradeprojekten wird rasch ein neues Programm verkündet, ohne daß die Absicht vorhanden wäre, es kontinuierlich zu betreiben. Wie die Rednertribünen am 1. Mai sollen solche Vorhaben nur für einen konkreten politischen Anlaß errichtet werden. Auch im Ausland



der Situation vieler Frauen und verbessert ihre Verhandlungsposition gegenüber ihren Männern.

Ebenso wichtig ist jedoch das Aufzeigen der gesellschaftlichen Ursprünge „privater“ Probleme. Dadurch erst wird die Frage „gesellschaftsfähig“. Die Verbrechen mit der größten Dunkelziffer sind Gewaltverbrechen gegen Frauen: Vergewaltigung und Gewalt in der Familie. In beiden Fällen wird das Opfer von der Gesellschaft für schuldig oder mitschuldig erklärt.

„Die Frauen haben Angst davor, zur Polizei zu gehen“, sagte uns eine Sozialarbeiterin. „Sie schämen sich, sie denken, daß ihnen ohnehin niemand glauben wird, sie denken daran, wie die Polizei mit ihnen umgehen wird und was die Nachbarn sagen werden.“

Um sich mit den Ursachen der Gewalt gegen Frauen nicht auseinanderzusetzen zu müssen, er-

durch bestimmte Straßen zu gehen, schränkt die Bewegungsfreiheit aller Frauen ein und wirkt sich auf ihr Selbstbewußtsein aus.

Einige Feministinnen werfen den Männern Mafia-Methoden vor: Gemeinsam terrorisieren sie die Nachbarschaft, um sich dann einzeln als Beschützer anzubieten.

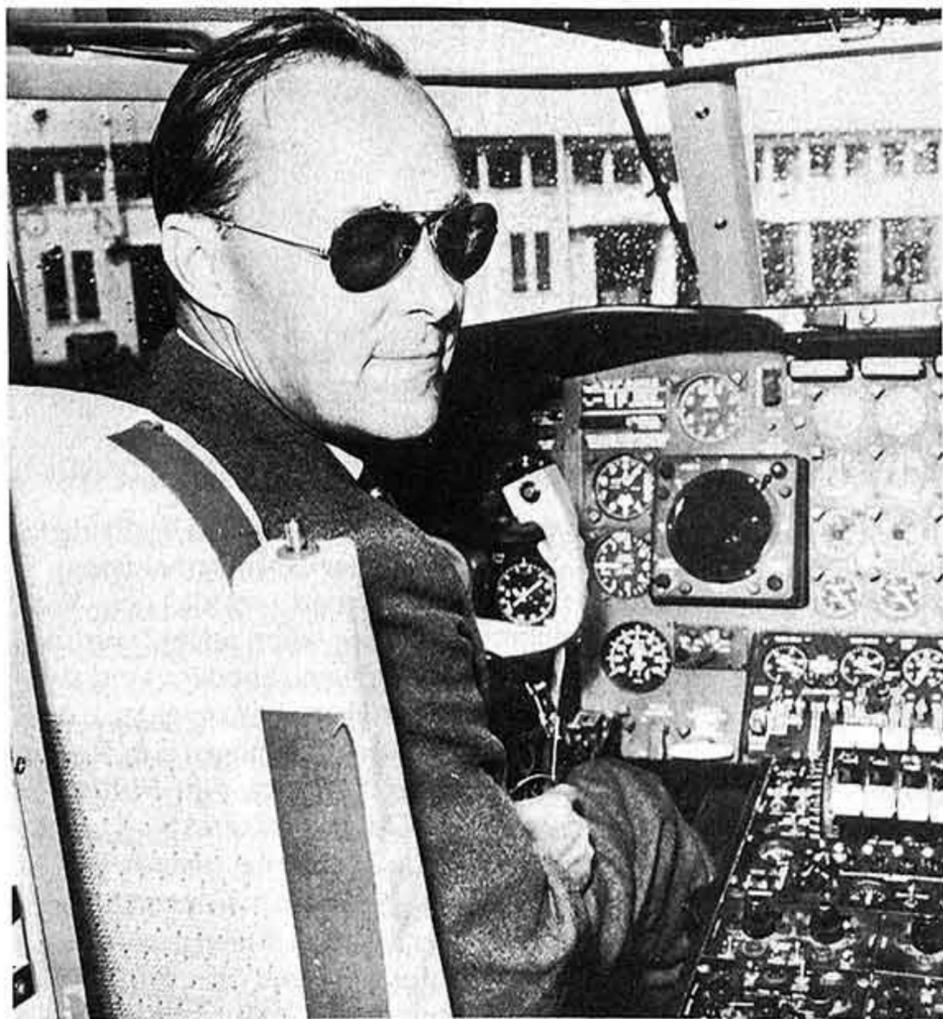
Frau B., Hausbesorgerin, meinte zu ihrer Situation: „Eigentlich sind die Männer wie diese Terroristen. Die verlangen einfach, was sie wollen, und drohen so lange, bis sie's kriegen.“

Das Frauenhaus hat die Funktion, Frauen bei ihren Entscheidungen über Scheidung oder Rückkehr in die Familie, Umschulung und Berufstätigkeit durch eine Reihe von Beratungs- und Hilfsleistungen, wie z. B. Kinderversorgung, Regulierung behördlicher Probleme und juristischer Information, zu unter-

versuchte man dementsprechend, den Hauptanteil der Arbeit im Frauenhaus auf Freiwillige zu übertragen; Diese Strategie, durch den Einsatz kritisch gesinnter engagierter Leute die Lücken des Sozialstaats unbezahlt auffüllen zu lassen, ist nicht zu rechtfertigen. Frauen und Kinder in Notsituationen haben einen Anspruch auf kompetente und verlässliche Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Probleme, und Sozialarbeiter/-innen haben den Anspruch auf Lohn. An ihre Hilfs- und Aufopferungsbereitschaft zu appellieren stützt sich wieder auf die stereotypen Frauenbilder der Gesellschaft.

Sicherheit vor Bedrohung und Gewalt und die Möglichkeit, selbst über ihr Leben zu bestimmen, sind keine karitativen Geschenke, sondern ein Menschenrecht, das den Frauen bislang gewaltsam vorenthalten wurde. □

Die Bilderberger fühlen sich exklusiver als die Freimaurer, verschwiegener als die Cosa Nostra und mächtiger als nationale Regierungen. Acht Österreicher sind mit im Spiel. EXTRABLATT nennt erstmals ihre Namen.



Bilderberger Prinz Bernhard (im Lockheed-Cockpit)



Bilderberger David Rockefeller – der mächtigste Drahtzieher



Bilderberger F.-J. Strauß



Bilderberger Henry Kissinger

Wolfgang Maier über die

# DRAHTZIEHER

**S**ie verstehen sich als die eigentliche und niemandem verantwortliche Regierung der Welt. Ihr Handwerkszeug handhaben sie perfekt. Währungskrisen, Rohstoffengpässe, Kriege, Entwicklungshilfe. Der „Christian Science Monitor“ benennt sie als eine „Art Mafia der internationalen Politik: Die Bilderberger“.

Ihre jährlichen Treffen werden abgeschirmt wie Fort Knox. Ein „Ständiges Büro“ modifiziert kontinuierlich den rund 100köpfigen Teilnehmerkreis. Noch bevor die dreitägigen Beratungen beginnen, verpflichtet man die Teilnehmer zu Loyalität und Geheimhaltung.

Zumindest acht Österreicher halten seit ihrer Teilnahme an Bilderberger-Treffen den Mund. Vizekanzler Hannes Androsch, Industriellenboß Hans Iglar,



Mrs. Lily Candy, 75, Nothing Hill, London, hat sicher nie in ihrem Leben von den Bilderbergern gehört. Dennoch hat sie den US-Präsidenten Jimmy Carter, den „Apostel der Armen“, richtig modelliert – Wachs in den Händen der Bilderberger.

SPÖ-Abgeordneter Karl Czeretz und Alt-ÖVPLer Hermann Withalm. Desgleichen der rote CA-General Franz Vranitzky wie der VP-nahe Verleger Fritz Molden. Und nicht zuletzt ORF-Korrespondent Alfons Dalma gemeinsam mit „Kurier“-Kolumnist Hugo Portisch.

Diese acht hatten oder haben wie Vizekanzler Androsch den Vorteil, früher als andere zu wissen, was weltpolitisch auf dem Programm steht. So wurden sie vorinformiert, als Henry Kissinger die Annäherung der USA an China offiziell machte (nachdem die Chase Manhattan das Tauwetter eingeläutet hatte). Und so wußten sie früher als andere, daß Nixon den Dollar abwerten würde, weil ihm die Handelsbilanzprobleme über den Kopf wuchsen. Autonome Regierungen wußten. Aber verzichteten auf Gegenmaßnah-

## Sie haben die Welt in Banken und Multis aufgeteilt. Wenn diese Bosse bluten, erleben wir alle einen Blutsturz.



Bilderberger Hannes Androsch



Bilderberger Alfons Dalma



Bilderberger Franz Vranitzky



Bilderberger Karl Czernetz

men – weil die Abwertung den USA sonst nichts gebracht hätte.

Denn eines ist den österreichischen Bilderbergern gemeinsam: Wie die Bundesdeutschen Strauß und Schmidt, Fiat-Chef Agnelli und NATO-Befehlshaber Joseph Luns, der Club-of-Rome-Macher Aurelio Peccei oder der griechische Reeder Stavros Niarchos – sie alle zählen nicht zum inneren Kreis, sondern als Zuhörer, Mitläufer oder Befehlsempfänger.

Wer als Drahtzieher angesehen werden kann, enthüllte der US-Abgeordnete John Rarick am 15. September 1971 vor dem Kongreß: „Am Ende des zweiten Weltkriegs beschlossen einige international eingestellte Männer, eine neue Weltordnung unter US-Leitung und mit Hilfe der Slogans der UNO aufzuziehen... Ein System der Interdependenz, das neuen übernationalen Gruppen ermöglichen würde, privat miteinander in Verbindung zu treten, um die klassischen politischen Strukturen beiderseits des Atlantiks zu bearbeiten“ („Congressional Record“ No. 133, Ref. E 9615).

„Bearbeiten“ der Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit ist wohl die exakteste Formulierung für das, was die Drahtzieher vom alljährlichen Bilderberg-Aufmarsch erwarten: jene Schachzüge international zu harmonisieren, die die Initiatoren der Bilderberg-Konferenz künftighin zu spielen gedenken.

Zu nennen ist hier an erster Stelle der Clan der Rockefeller, die die größten Banken und Industrien der Welt kontrollieren. Weiters die Finanzaristokratie der Rothschilds und die Ford-Dynastie. Nicht zu vergessen die ein wenig geschrumpften Morgan- und Warburg-Imperien.

Das erste Treffen der Bilder-

berger im Jahr 1954 initiierte der spätere US-Außenminister George Ball. Erster Gastgeber und jahrzehntelanger Präsident war Prinz Bernhard der Niederlande, bestens empfohlen durch den unermesslichen Reichtum seiner ehelichen Juliane. Erster Tagungsort war das Hotel Bilderberg bei Oosterbeck, Holland. Die Bilderberg-Konferenzen stehen in der Tradition eines langjährigen Beraters von US-Präsident Wilson (1912–1920), des Colonels Edward Mandel House. Jener Schattenpräsident, ein Mann der Banken, hatte, den Kuhn & Loeb folgend, den Warburgs, Rothschilds und Morgans, das „Council on Foreign Relations“ (kurz CFR) etabliert.

Dieses CFR, der amerikanischen Bevölkerung weitgehend unbekannt, bestimmt bis zum heutigen Tag die Außenpolitik der USA. Es entscheidet damit über Krieg und Frieden, Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit, hohe oder niedrige Preise. Die Bilderberg-Konferenzen stellen das weltweite Kommunikationssystem dieses CFR dar. Der innere Kreis der Bilderberger und die Mächtigen im CFR sind identisch.

Die führenden CFR-Mitglieder rekrutieren sich aus den genannten Bankhäusern, den großen multinationalen Konzernen und finden ihre Ausläufer in den Medien-Trusts NBC und CBS wie auch in den Universitäten. So war der Vorstandsvorsitzende der Chase Manhattan, David Rockefeller himself, bis 1970 Vorsitzender des CFR. Die etwa 1.500 Mitglieder dieses halbgeheimen Komitees stellen seit Roosevelt nahezu jeden Außenminister der USA und versorgen nahezu jedes wichtige Regierungsamt. Nixon etwa übernahm

100 CFR-Leute in seine Regierung.

Der jetzige amerikanische Präsident, Jimmy Carter, ist nichts weiter als eine Marionette der CFR-Gewaltigen. Der „Apostel der Armen“, der zehn Millionen Dollar schwere Erdnußfarmer, der Demokrat Carter, war vom Republikaner David Rockefeller 1971 entdeckt und mit der Leitung der „Trilateral Commission“ betraut worden (die die Politik der USA, Japans und Westeuropas koordinieren soll).

Im CFR, „Rockefellers Außenministerium“ („The Washington Post“), sitzen freilich jene Leute, die weitgehend ihre EIGENEN Besitztümer und Interessen im Ausland mittels State Department und Pentagon schützen lassen. Der Historiker Ferdinand Lundberg: „Wenn diese Bosse bluten, erleben wir Amerikaner einen Blutsturz.“

Ein Beispiel: Rockefeller waren wie so manche für den Vietnamkrieg. Im Kampf gegen den „Kommunismus“ verbluteten 50.000 GI's. Rockefeller waren schließlich dafür, daß auch weiterhin über ein Drittel des US-Budgets von 300 Milliarden Dollar in die Rüstung fließt („Sichert Arbeitsplätze“). Gleichzeitig dachten Rockefeller an die eigenen Taschen. Wie die Londoner „Times“ berichtete, sicherten sich die Rockefeller ein Monopol auf Lizenz- und Patentverträge von amerikanischem Know-how an die Sowjetunion. Über die russische Patentorganisation „Licensintorg“ sollen die Rockefeller der UdSSR (also den Waffensystempatente verschachert haben. Gleichzeitig eröffneten sie über ihre Hausbank, die Chase Manhattan, den Handel mit Chi-

na (gleichfalls einem Waffenlieferanten der Nordvietnamesen).

Finanziert wurde der Vietnamkrieg aber nicht von den Rockefellers. Sondern vom amerikanischen Steuerzahler. Wie wohl das Vermögen der Rockefeller auf etwa fünf Milliarden US-Dollar geschätzt wird, zahlte John Rockefeller zwischen 1961 und 1975 keinen Cent an Steuern – er hatte Stiftungen gegründet. Stiftungen wie die Rockefeller Foundation, die Carnegie- und Ford-Stiftungen sind nicht nur Steuerabschreibeposten, sondern finanzieren auch Einrichtungen wie das CFR und die Bilderberg-Tagung – und sichern somit beträchtlichen Einfluß.

Überhaupt zählt die wirtschaftliche Kooperation mit dem Ostblock zu den wichtigsten Zielen des CFR und der Bilderberger. Wahrscheinlich geschieht das im Sinne der „Entspannung“ und seit kurzem auch im „Geist von Helsinki“. Die Supermächte spielen Hand in Hand – und wenn die Drahtzieher im CFR befehlen, veranstalten sie auch Hungerspiele (wie der „North American Congress on Latin America“ exemplarisch enthüllte).

So kamen die Drahtzieher auf den glänzenden Einfall, die strukturellen Schwierigkeiten der amerikanischen Handelsbilanz zu beheben (vor allem die Multis beeinflussen die Handelsbilanz der USA nämlich negativ, da sie eine breite Skala industrieller Produkte im Ausland produzieren und in die USA einführen). Die Getreideüberschüsse der USA (die für einen niedrigen Weltmarktpreis sorgen) sollten besser eingesetzt werden. Nixon kreditierte der UdSSR 750 Millionen Dollar, damit die Sowjetunion amerikanischen Weizen kaufen konnte. Dadurch schnell-

## Im „Geist von Helsinki“ spielen die Supermächte Hand in Hand. Wenn die Drahtzieher befehlen, feiern sie Hungerspiele.



Bilderberger Fritz Molden



Bilderberger Hermann Withalm



Bilderberger Hugo Portisch



Bilderberger Hans Igler

te der Weltmarktpreis hinauf, die hungrigen Entwicklungsländer blieben auf der Strecke. 1974 entdeckte dann das CFR durch eine Studie seines Hilfssheriffs CIA den Weizen als politische Waffe. In der diesbezüglichen CIA-Studie heißt es: „Ihre nahezu monopolartige Stellung als Nahrungsexporteur könnte den USA einen Grad an Macht verleihen, den sie zuvor nie hatten. Washington wird damit die Gewalt über Leben und Tod der Menschen vieler Länder dieser Erde erhalten.“

Die „New York Times“ enthüllte dann freilich, wie die USA diese Waffe einsetzten. Befreundete Länder wie Vietnam und Kambodscha bekamen Nahrungshilfekredite von 200 Millionen Dollar zugewiesen, während Bangla Desh trotz einer Hungerkatastrophe nur knapp ein Viertel dieser Mittel erhielt. Bangla Desh hatte im Gegensatz zu den beiden anderen Staaten aber auch nicht Waffen von den USA gekauft.

Ein anderes Beispiel, der klassische Fall einer US-Intervention in Chile, zeigt noch anschaulicher die Verschmelzung von wirtschaftlicher und politischer Macht im CFR. Nicht nur die ITT hatte, wie Jack Anderson aufzeigte, die chilenischen Putschisten finanziert. Auch die Rockefeller hatten ein unmittelbares Interesse am Sturz Allendes. Die „Anaconda Copper“, welche die chilenischen Kupferminen ausbeutete, wird von der Chase Manhattan David Rockefeller kontrolliert. Als Allende die Anaconda verstaatlichte, schickte David einen „trouble shooter“ der Chase Manhattan nach Chile. Bruder Nelson Rockefeller saß mittlerweile in einem Gremium, das sich „Foreign Intelligence Advisory Board“

nennt und die Aufgabe hat, die Aktionen des CIA zu überwachen. Also auch die Aktionen in Chile, die von amerikanischen Zeitungen aufgezeigt wurden.

Der abgesprungene CIA-Offizier Victor Marchetti gibt übrigens Auskunft über das Naheverhältnis zwischen den Drahtziehern der amerikanischen Außenpolitik im CFR und CIA: „Wenn die Agentur (Anm.: der CIA) prominente Bürger brauchte, um als Strohmänner für ihre Gesellschaft zu fungieren oder für sonstige Hilfeleistungen (Anm.: als Lobby in kritischen Senatsausschüssen), wandte sie sich häufig an Mitglieder des Rates (Anm.: des CFR).“ Und es sei auch kein Zufall gewesen, so Marchetti weiter, daß der Chef der heimlichen Dienste des CIA, Richard Bisell, 1968 vor einer Diskussionsrunde des CFR eine Rede über die „verdeckten Aktionen“ des CIA gehalten habe. Bisell wußte sich im Freundeskreis.

Als sich durch Enthüllungen von US-Kolumnisten (Jack Anderson oder Woodward/Bernstein von der „Washington Post“) die öffentliche Meinung gegen den CIA wandte, hatte Nelson Rockefeller das historische Vergnügen, als Fords Vizepräsident die Aktivitäten des CIA zu untersuchen. 1975 erteilte man dann dem CIA einen Verweis wegen „verfassungswidriger Vorgangsweise“, Verschwörungen gegen ausländische Politiker jedoch entdeckte Rockefeller Untersuchungsausschuß nicht.

Wenn die Drahtzieher sich gegenseitig kontrollieren, wertet man das hierzulande in der Regel als selbstreinigende Kraft der vorbildhaften amerikanischen Demokratie . . .

CFR und Bilderberger verstehen sich als zentraler Lenkungs-

ausschuß – und warum nicht! Die Geschichte hat ihnen mehrmals recht gegeben. Nur ein Beispiel. Der deutsche Bankier Max Warburg hatte Lenin vor der Oktoberrevolution nicht unbeträchtliche Summen zukommen lassen – wohl sicher auch in der Hoffnung, damit den Deutschen die Ostfront zu beseitigen. Während so Max Warburg für die deutsche Filiale des Warburgschen Finanzimperiums tätig war, versuchte sich sein Bruder Paul in New York als Mitglied des Direktionsausschusses der Federal Reserve. Jener amerikanischen Zentralbank, die die Kriegsanstrengungen der US-Streitkräfte finanzierte. Die russischen Revolutionäre wiederum wußten die Finanzhilfe der Drahtzieher zu danken. Die Standard Oil of New Jersey (ein Teil des Rockefeller'schen Ölimperiums) erwarb in den frühen zwanziger Jahren 50 Prozent der theoretisch verstaatlichten kaukasischen Ölfelder. Wofür sich im Gegenzug die Chase Manhattan revanchierte: Sie verkaufte 1928 russische Obligationen auf dem US-Markt – zur Sanierung der sowjetischen Wirtschaft.

Da in den mächtigen Familien der Superreichen die Erbfolge herrscht, ist nicht einzusehen, warum die Söhne und Enkel das Geschäft der Gründungsväter nicht ebenso perfekt beherrschten. Ein internes CFR-Papier allerdings (Study 7 aus dem Jahr 1953) hat eine Horde „Verschwörungstheoretiker“ in Trab gebracht. Dort heißt es nämlich als Aufgabe des CFR: „Bildung einer neuen internationalen Ordnung . . . inklusive der Staaten, die sich als Sozialisten bezeichnen.“ Was heutzutage eine Menge ewiggestriger Monarchisten

(vor allem deutsche und ehemalige Franco-Kreise) vor die Zukunft angibt, daß kapitalistische und kommunistische Bonzen „die noch freie Welt sozialisieren wollen“ (Gary Allan).

Wo doch zumindest für die Finanzaristokratie der westlichen Hemisphäre ruhigen Gewissens behauptet werden darf, daß sie ihren Geschäftsinteressen am liebsten allein und ungestört nachkommen möchte. Auf eines aber nehmen die Drahtzieher Bedacht: auf ein Überschwappen der öffentlichen Meinung. Als bewiesen war, daß Prinz Bernhard Schmiergelder des Rüstungskonzerns Lockheed erpreßt hatte, mußte er als Bilderberg-Präsident abtreten. Wie der Fall Watergate hätte ein Festhalten an Bernhard zuviel Emotionen freigesetzt. (Anm.: Laut Aussagen seines einstigen Freundes Ernest Hauser habe die bayerische CSU dank der Starfighter-Einkäufe F.-J. Strauß' gleichfalls zwölf Millionen Dollar Schmiergeld erhalten – ein Thema, um das Berndt Engelmann seinen jüngsten Tatsachenroman „Hotel Bilderberg“ aufgebaut hat.)

Interessant wäre freilich zu wissen, was der äußere Kreis der Bilderberger, mithin also auch die österreichischen Teilnehmer, von den Aktionen des CFR und der Drahtzieher halten. Sie waren allesamt zu keiner Aussage zu bewegen. Glauben sie an das von Bilderberger Kissinger programmierte Leitziel? „An dem ewigen Ziel des Menschen, einem Frieden auf Erden, einem Frieden nach außen, einem Frieden im Vaterlande und einem Frieden ins uns selbst zu arbeiten.“

Keine Sorge, Johnny reitet wieder für den inneren Frieden der Drahtzieher! □

# BILANZ

## Ostblock fordert neues Entwicklungshilfemodell

Die österreichische VÖEST-Alpine will mit der DDR-Firma Investexport eine Papierfabrik in Kamerun bauen. Der Hoechst-Konzern errichtet zusammen mit einer polnischen Firma Düngemittelfabriken in der Türkei. Und der italienische Fiat-Konzern liefert gemeinsam mit dem ungarischen Unternehmen Transelektro Kraftwerksausrüstungen in mehrere Entwicklungsländer. Was sich hier anbahnt, soll nach dem Willen des Ostblocks zum Regelfall für

Entwicklungshilfe werden. Die Ostberliner Agentur Panorama vermeldete: „Die wachsenden Bedürfnisse der Entwicklungsländer an technischer Unterstützung fordern die Zusammenarbeit der Unternehmen sozialistischer und kapitalistischer Länder.“ Der Ostblock befindet sich den Ländern der dritten Welt gegenüber in der Defensive. Auf der Entwicklungshilfekonferenz in Nairobi stellten 75 Länder konkrete Forderungen nach mehr Unterstützung und rechneten

vor: Die westlichen Industrieländer leisten im Schnitt 0,35 Prozent ihres Bruttosozialprodukts an Entwicklungshilfe, der Osten jedoch nur 0,04 Prozent. Dazu kommt, daß die Volksrepublik China die Entwicklungsländer reichhaltiger fördert als der Osten – mit der chinesischen Verbrämung von der „imperialistischen Supermacht Sowjetunion“. Westliche Beobachter glauben zudem in Gesprächen mit Vertretern der DDR und der Sowjetunion festgestellt zu haben, daß sich lang-

sam die Einsicht breitmake, daß eigentlich alle Länder der nördlichen Hemisphäre als reich anzusehen wären – im Gegensatz zum armen Süden. Und daß somit alle diese Länder in Sachen Entwicklungshilfe gemeinsam vorgehen sollten – natürlich ohne jedes Eigeninteresse für künftighin. Womit sich freilich die Frage stellt, ob die engeren wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West nicht wieder auf dem Rücken des armen Südens ausgetragen werden. □

## Frauenarbeitslosigkeit

Während hierzulande das besondere Problem der Frauenarbeitslosigkeit beharrlich totgeschwiegen wird, steigen in der benachbarten BRD weibliche Bundestagsabgeordnete aller Couleurs auf die Barrikaden. „Was jetzt kommt, ist ein Rückfall in die Zeit des KKK – Kochtopf, Kinder, Kirche“, meutern sie, und Alice Schwarzers „Emma“ empört sich, was die Männer übriglassen, bleiben die Krumen, die vom Tisch fallen“. Der reale Grund des Zorns: Frauen stellen nur ein Drittel der Erwerbstätigen in der BRD, aber dennoch stellen sie die Hälfte der Arbeitslosen. Nicht länger scheint die Berufstätigkeit der Frau eine soziale Selbstverständlichkeit zu sein. Für den immer härter werdenden Konkurrenzkampf bei rund acht Prozent Arbeitslosen sind die Frauen zudem schlecht gerüstet. Über die Hälfte von ihnen verfügt über keine Berufsausbildung, und fast die Hälfte der Frauen hat Kinder und strebt deshalb einen Arbeitsplatz in der Nähe des Wohnortes an. Besonders verschärft ist die Situation für weibliche Lehrstellensuchende: 63 Prozent der weiblichen Jugendlichen haben noch keinen Ausbildungsplatz. Kanzler Helmut Schmidt allerdings bat bei einem Frauenkongreß seiner Partei „herzlich darum, die Freude an der Familie, die Freude an häuslicher Gestaltung, die Geborgenheit des Zu-

hause, nicht als etwas zu bezeichnen, das minderen Wertes sei“. Solcherart durch das Wegweisen des Kanzlers beruhigt, hat das Bonner Arbeitsministerium auch noch keine konkreten Vorstellungen darüber, wie dem spezifischen Problem zunehmender Frauenarbeitslosigkeit nun begegnet werden soll. □

## Angola multifreundlich

Angolas linke Regierung Aschont ihre Multis: Sie erhöhte zwar ihren Anteil am größten Diamantenproduzenten des Landes, der Diamang, von 11 auf 60 Prozent, ließ jedoch die ausländischen Großaktionäre ungeschoren. Die heimischen Kleinaktionäre mußten ihre Anteile an den Staat abtreten.

Um westliches Know-how und Kapital im unterentwickelten Land zu halten, blieb bislang auch der zweitgrößte Multi des Landes, die amerikanische Gulf Oil Company, unbehelligt. Nach wie vor beutet dieser Konzern die Erdölvorkommen von Cabinda aus. □

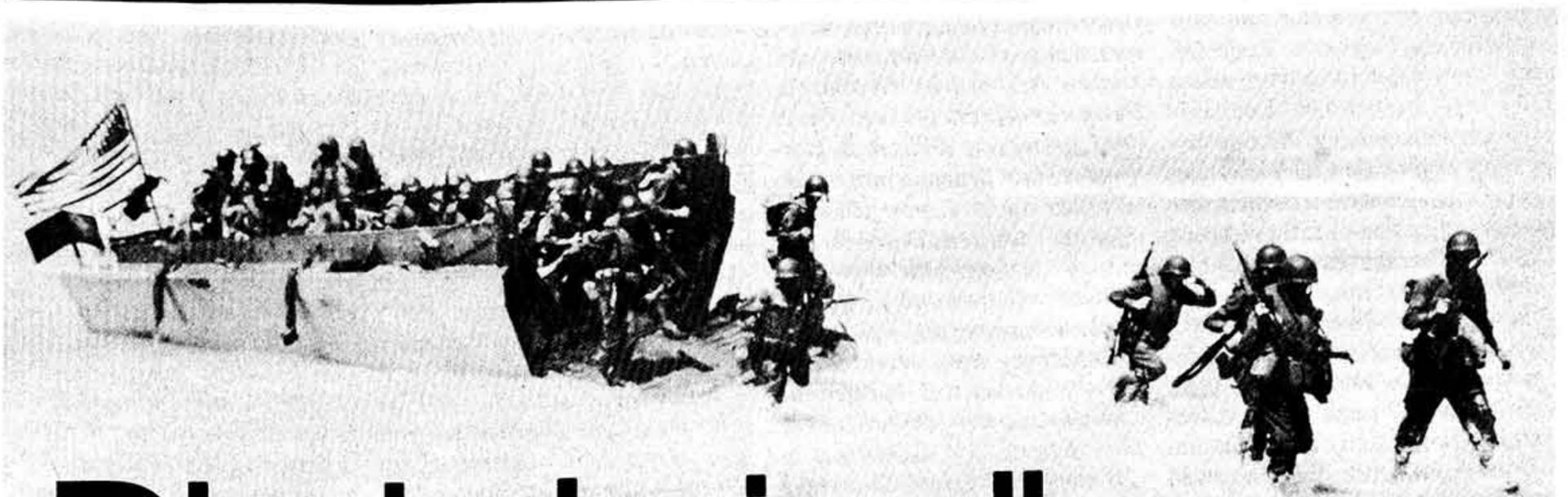


ALLES GUT FÜR DIE ZUKUNFT  
MIT DER HUMANEN BOMBÉ

Foto: Susanne Taschner

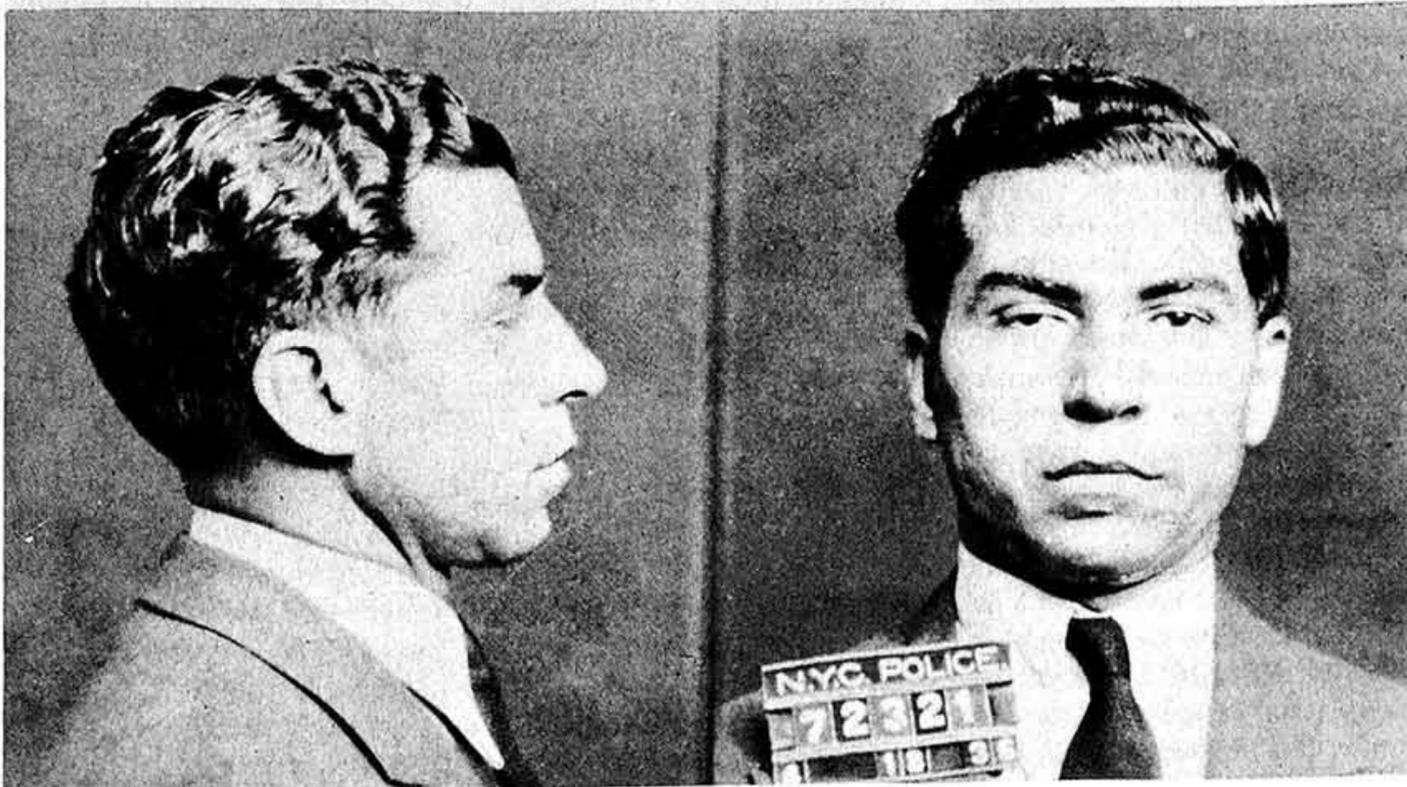
## Wegwerfgeld

Italiens Banken haben aus der Not ein Geschäft gemacht. Welcher Italienbesucher erinnert sich nicht schmerzhaft jener klebrigen Bonbons und Karamellen, die man statt Kleingeld als Wechselgeld in die Hand gedrückt bekommt! Weil nun schon seit Jahren chronischer Mangel an Münzgeld herrscht, sind die Banken dazu übergegangen, eigenes Notgeld zu drucken. Auf dünnes, billiges Papier druckte man Werte zwischen 50 und 250 Lire. Dieses Ersatzgeld hat freilich für die Banken eine mehr als profitable Eigenschaft. Nach wenigen Wochen des Gebrauchs sind die dünnen Scheinchen total zerschmuddelt und verschlissen. Und wandern – wohin auch sonst – mit regelmäßiger Stetigkeit in den Abfallkübel. Durch diesen vorprogrammierten Verschleiß haben die italienischen Banken bereits rund 150 Millionen Schilling verdient. □



# Die kriminelle Allianz

EXTRABLATT-Gespräch mit dem amerikanischen Starautor Rodney Campbell über die Zusammenarbeit des US-Geheimdienstes mit der Mafia.  
Von Adalbert Reif



Gangsterboß Lucky Luciano: Ein Partner des US-Geheimdienstes



Vizedistriktsanwalt M. I. Gurfein:  
Der Erfinder des Mafia-Unternehmens



Distriktsanwalt Frank Hogan:  
Zustimmung zur Zusammenarbeit

Die Enthüllungen über „dunkle Operationen“ der US-Geheimdienste nehmen kein Ende: Rodney Campbell, einer der führenden Publizisten Amerikas – er war viele Jahre leitender Redakteur bei „Time Magazine“ und ist heute einer der wichtigsten

publizistischen Berater und Mitarbeiter von Nelson A. Rockefeller –, berichtet in seinem neuen Buch „Unternehmen Luciano“ (deutsch erschienen im Europa-Verlag, Wien) die Geschichte der geheimen Zusammenarbeit der amerikanischen Marineführung mit den berüchtigtsten und einflußreichsten Gangstern der Mafia während des zweiten Weltkrieges. Charles „Lucky“ Luciano, Josef „Socks“ Lanza, Meyer „Little Man“ Lansky, Frank Costello, Joe Adonis und viele andere Prominente der Unterwelt wirkten bei einem Geheimdienstunternehmen mit, das ohne Frage zu den merkwürdigsten unserer Zeit gehört. Campbell selbst sagt: „Es ist eine Geschichte wie ‚Der Pate‘; nur mit dem Unterschied, daß alles tatsächlich geschehen ist.“

Nach Kriegsende versuchte die US Navy verzweifelt, die ganze Angelegenheit geheimzuhalten. Man ging so weit, selbst offizielle Untersuchungsberichte und die Feststellungen geheimer Kommissionen zu unterdrücken. Rodney Campbell enthüllt nun in allen Einzelheiten, was damals wirklich geschah; sein Buch stützt sich auf offizielle, bisher unzugängliche Dokumente. Die Akteure dieses überaus verwickelten und spannenden Kapitels Zeitgeschichte sind Hunderte von Marineoffizieren, Mafia-Fürsten und Gangster; Richter, Bewährungshelfer und Fürsorger; gar nicht zu reden von Geheimdienstagenten aller Ränge und Kategorien.

In New York hatte unser Mitarbeiter Reif die Möglichkeit zu einem ausführlichen Gespräch mit Rodney Campbell.

**EXTRABLATT:** Mr. Campbell, in Ihrem soeben erschienenen Buch „Unternehmen Luciano“ enthüllen Sie eines der am besten gehüteten Geheimnisse des zweiten Weltkrieges: die Zusammenarbeit der amerikanischen Marineführung mit den einflußreichsten und gefährlichsten Gangstern der Mafia . . .

**Campbell:** Um es gleich vorweg zu sagen: Das „Unternehmen Luciano“ ist eine Geschichte wie „Der Pate“; nur mit dem entscheidenden Unterschied, daß alles tatsächlich geschehen ist. Was ich berichte, sind Fakten.

Mein Buch stützt sich auf den autorisierten Report einer geheimen Untersuchung über die Zusammenarbeit zwischen Regierungsstellen und organisiertem

Verbrechen, die der inzwischen verstorbene Gouverneur des Staates New York, Thomas E. Dewy, angeordnet hatte. Unter der Leitung von William B. Herland, eines Untersuchungsrichters, war dieser Report 1954 fertiggestellt worden. Doch der damalige Chef des Marinegeheimdienstes, Konteradmiral Carl F. Espe, verlangte die strikte Geheimhaltung des „Herland-Reports“, den er im übrigen als „hervorragend dokumentiert“ klassifizierte. Im Gegensatz zu „Watergate“ gelang diese Geheimhaltung vollkommen. Alle Fakten, die beweisen, daß Marine und Mafia in den geheimen Auseinandersetzungen während des zweiten Weltkrieges sehr effektiv zusammengearbeitet hatten, waren bis jetzt unzugänglich. In meinem Buch berichte ich erstmals über alle Einzelheiten.

**EB:** Wie kam der Kontakt zwischen der Navy und der Mafia zustande?

**Campbell:** Die Navy trat an die Mafia heran – nicht etwa umgekehrt. Der Grund war, daß die Navy vergeblich gegen die hohe Rate von Schiffsverlusten an der amerikanischen Ostküste durch U-Boote der Achsenmächte ankämpfte: Im Jänner 1942 wurden 21 Schiffe zerstört oder versenkt, im Februar waren es schon 27 und im März 50 Schiffe. Das ehemalige französische Transatlantik-Linienschiff „Normandie“, das in einen schnellen Truppentransporter umgewandelt worden war, wurde an seinem Landeplatz am Hudson River in Brand gesteckt. Jeder, der damals die Küstenstraßen entlangfuhr, konnte gesunkene Schiffe sehen. In der Nacht sah es manchmal fast wie eine Feuerwerksvorführung aus.

In dieser Situation beschloß die Navy, daß insbesondere New Yorks Hafen vor Sabotage, Spionage, aber auch vor eventuellen Arbeitskonflikten gesichert werden mußte. Die Unterwelt hatte – wie Generationen von Kinogängern wissen – die Kontrolle über die Docks. So war die Einschaltung der Mafia praktisch der einzig mögliche Weg, wenn die Navy ihre Ziele erreichen wollte.

**EB:** Ging es der Navy wirklich nur darum?

**Campbell:** Nein. Es gab einen weiteren wichtigen Grund für die Zusammenarbeit der Navy mit der Mafia: nämlich den, das Mafia-Heimatland Sizilien bereits vor und dann während der ge-

planten Invasion hinter den deutschen Linien „aufzuweichen“. Eine solche Operation konnte ebenfalls nur mit Hilfe der amerikanischen Mafiosi und ihrer Kontakte zu ihren Landsleuten in Sizilien erfolgsversprechend vorbereitet werden.

**EB:** Bedurfte eine so weitreichende Zusammenarbeit denn nicht der Zustimmung der obersten Justizbehörden?

**Campbell:** Natürlich war eine solche Zusammenarbeit nur mit Wissen und Zustimmung des Distriktsanwalts des Staates New York, Frank Hogan, möglich. An ihn hatten sich einige führende Geheimdienstler der Navy mit der dringenden Bitte um Unterstützung ihres Plans für eine limitierte Zusammenarbeit zwischen Navy und Mafia gewandt. Frank Hogan sagte den Geheimdienstlern jede Unterstützung zu, und unmittelbar darauf begann der Geheimdienst, führende Mafiosi zu kontaktieren. Die Mafiosi benötigten jedoch die Zustimmung ihres berüchtigten Chefs, Charles „Lucky“ Luciano, bevor sie sich für das Projekt einer solchen Zusammenarbeit einsetzen konnten. Schließlich hatte die Regierung unter Gouverneur Thomas E. Dewy ja gerade damit begonnen, die einzelnen Gangs zu zerschlagen.

**EB:** Nun befand sich aber Charles „Lucky“ Luciano seit 1936 im Gefängnis. Er verbüßte dort eine Haftstrafe zwischen 30 und 50 Jahren wegen Unterhaltung eines Prostituiertenrings, kurz gesagt: wegen Zuhälterei. Wie konnte Luciano aus dem Gefängnis heraus nicht nur seine Zustimmung zu diesem Unternehmen geben, sondern auch noch so wichtige geheimdienstliche Operationen leiten?

**Campbell:** Gerade das ist das eigentlich Sensationelle an dieser Affäre. Ich muß deshalb etwas weiter ausholen. Zunächst einmal: Charles „Lucky“ Luciano war einer der faszinierendsten, eindrucksvollsten Männer, die in Amerika gelebt haben. Er besaß nie die amerikanische Staatsbürgerschaft, sondern blieb immer Italiener. Als Kind eines Einwanderers begann Luciano seine Arbeit in einer Hutfabrik – mit dem „gewaltigen“ Lohn von sieben Dollar pro Woche. Er sagte, wenn ich ein einfacher Arbeiter bleiben müßte, möchte ich lieber tot sein. Langsam arbeitete er sich zum Chef der östlichen Mafia hoch – mit einem geschätzten Einkommen von zwölf Millionen

Dollar jährlich. Sein Ziel war, das Verbrechen zu organisieren, die Drogen-, Spiel- und Prostitutionsgangs in „Kettenunternehmen“ umzuwandeln, wie er einmal formulierte. Was konnte für ihn legitimer sein als die Teilnahme am zweiten Weltkrieg – wenn auch auf eine etwas ungewöhnliche Art und Weise? Unterstützt wurde er von Meyer Lansky, dem international bekannten Unterweltfinanzier, der wegen der Verfolgung der Juden in Europa gegen Hitler opponierte, vor allem aber auch von italienischen oder sizilianischen Amerikanern, die Mussolinis Verfolgung der Sizilianer, unter ihnen viele Mafiosi, bekämpften.

Tatsache ist jedenfalls, daß Luciano und Meyer Lansky von der Regierung ganz bestimmte Konzessionen zugebilligt bekamen. So wurde Luciano zum Zweck der reibungslosen geheimen Zusammenarbeit aus dem entfernten Clinton-Gefängnis in Dannemora, dem „Sibirien“ der US-Strafanstalten, in das bequemere Great-Meadow-Gefängnis in Comstock, 60 Meilen von Albany, Staat New York, überstellt. Im Great Meadow – mitten in einem Staatsgefängnis – fanden dann während des ganzen Kriegsverlaufs eine Reihe unglaublicher Mafia-Konferenzen statt. Hier organisierte die Unterwelt in aller Ruhe ihre Geschäfte, während das Gefängnispersonal „in eine andere Richtung schaute“. Nichts Ähnliches ist je zuvor passiert. In meinem Buch beschreibe ich diese Mafia-Konferenzen sehr ausführlich.

Rückblickend kann man aber feststellen, daß durch die Bereitschaft Lucianos und der anderen führenden Mafiosi, mit der Navy zusammenzuarbeiten, Tausenden von Menschen das Leben gerettet und der Krieg zu einem schnelleren Ende gebracht wurde.

**EB:** Waren die offiziellen Regierungsstellen in Washington über das „Unternehmen Luciano“ informiert?

**Campbell:** Das ist eine schwer zu beantwortende Frage. Als gesichert gilt, daß das „Unternehmen Luciano“ auf der Ebene des Chefs des Marinegeheimdienstes in Washington gebilligt wurde. Es ist aber nicht klar, ob auch Marinesekretär Frank Knox oder Präsident Roosevelt selbst informiert waren. Die Offiziere des Nachrichtendienstes könnten durchaus beschlossen haben, ihr Geheimnis für sich zu behalten.

Außerhalb der Navy waren die



**Great-Meadow-Gefängnis in Comstock:** Mitten im Staatsgefängnis fand eine Reihe unglaublicher Mafia-Konferenzen statt



**Gouverneur Thomas E. Dewey:** Luciano wurde entlassen und deportiert



**Untersuchungsrichter Herland:** Mafia-Report blieb bislang geheim

*Chefs der Armee- und Bundesnachrichtendienste eingeweiht.*

*Auf der Ebene der Regierung des Staates New York war Gouverneur Thomas E. Dewey – gerade der Gangsterverfolger, der Luciano ins Gefängnis geschickt hatte – über das Projekt informiert, wenn auch nur in sehr allgemeiner Art.*

**EB:** Was waren die konkreten Ergebnisse des Unternehmens?

**Campbell:** Die Resultate des „Unternehmens Luciano“ wurden von der Navy als außeror-

*dentlich erfolgreich eingeschätzt: Es gab keine Sabotage, keine Arbeitskonflikte mehr. Überhaupt herrschte weniger Sorglosigkeit. In der Hauptsache ging die Quote von Schiffsversenkungen beträchtlich zurück. Der Marinegeheimdienst entschloß sich sogar, die Zusammenarbeit mit der Mafia weiter auszubauen.*

*Es gab auch einen Plan, nach dem Luciano freigelassen, nach Portugal geflogen und von dort nach Sizilien geschmuggelt werden sollte, um noch vor der Invasion der Alliierten die einheimische Mafia aufzuwiegeln. Aber schließlich wurde die Freisetzung von Amerikas größtem Kriminellen doch als ein zu hoher Preis erachtet – Luciano blieb weiter in Haft.*

*Inzwischen mobilisierten Luciano und Meyer Lansky zusam-*

*men mit Frank Costello, Joe Adonis und anderen prominenten Mafiosi Hunderte von Sizilo-Amerikanern, die dem Geheimdienst der Navy Namen und Adressen Tausender Sizilianer, darunter die meisten Mafiosi, zur Verfügung stellten, von denen anzunehmen war, daß sie sich für eine Zusammenarbeit mit alliierten Agenten hinter den deutschen Linien entscheiden würden. Aus den Papieren des Marinegeheimdienstes geht hervor, daß tatsächlich vier von zehn Leuten, die von Agenten kontaktiert wurden, zur Zusammenarbeit bereit waren.*

*Vier Spitzenspione der Navy wurden im Rahmen des „Unternehmens Luciano“ der 7. US-Army unter General George S. Patton beigelegt; sie landeten mit der „ersten Welle“ der Invasion in Gela und Licata, um den Mafia-Widerstand zu organisieren. Ihre Abenteuer berichte ich zum ersten Mal in meinem Buch.*

**EB:** Würden Sie sagen, daß die Beteiligung „Lucky“ Lucianos und der übrigen Mafia-Bosse die Schlacht um Sizilien entschieden hat?

**Campbell:** Nein. Die Beteiligung der Mafia war zwar äußerst hilfreich, aber nicht für den Erfolg der Invasion ausschlaggebend.

*Über die entscheidende Bedeutung der Schlacht selbst gibt es aber kaum eine Frage: Mussolini mußte zurücktreten, und zwar aus dem prinzipiellen Grund, daß er nicht fähig war, die geheiligte Erde Italiens, Siziliens zu verteidigen. Der mörderische italienische Feldzug – mörderisch für Hunderttausende alliierter und deutscher Soldaten und für Millionen italienischer Zivilisten – begann nicht lange nach der „epischen“ Schlacht von Salerno.*

**EB:** Kurz nach Kriegsende wurde „Lucky“ Luciano aus der Haft entlassen und nach Italien deportiert. Hatte Luciano von der Regierung oder anderen amtlichen Stellen bestimmte Garantien wegen seines „Kriegseinsatzes“ erhalten?

**Campbell:** Es gab keine bestimmten Abmachungen.

**EB:** Wie kam die Freilassung von Luciano dann zustande?

**Campbell:** Der Anwalt von „Lucky“ Luciano, Moses Polakoff, hatte einen großartigen Sinn für die rechten Termine: Am Tag des Sieges in Europa, am 8. Mai 1945, reichte er für seinen Klienten ein Gnadenge-

*such ein. Dieses Gnadengesuch wurde routinemäßig von der Berufungsinstanz behandelt. Da Luciano bereits fast zehn Jahre seiner Strafe abgesessen hatte und ein Musterhäftling gewesen war, wurde er zur Entlassung ausersehen. Als italienischer Staatsbürger mußte er sich der Deportation nach Italien unterwerfen. Gouverneur Thomas E. Dewey selbst unterzeichnete auf Empfehlung des Berufungskomitees das Dekret über die Umwandlung der Haft in Deportation. Schließlich wurde „Lucky“ Luciano an Bord des Frachters „Laura Keane“ heimgeschickt. In meinem Buch beschreibe ich auch Lucianos sogenanntes „Letztes Abendmahl“ im Hafen von New York mit der Berufung eines Mafia-Kronprinzen.*

**EB:** Mr. Campbell, offen bleibt die Frage, welche Motive für die Erarbeitung des „Herland-Reports“ maßgebend waren, auf dem Ihr Buch basiert . . .

**Campbell:** Es tauchten Gerüchte auf, Gouverneur Thomas E. Dewey hätte Bestechungsgelder für die Freilassung „Lucky“ Lucianos angenommen. Als 1954 seitens der Gesetzgebung des Staates New York die Anschuldigung erhoben worden war, daß eine Bestechungssumme von nicht weniger als 300.000 Dollar für Lucianos Freilassung gezahlt worden sei, ordnete Dewey eine generelle Untersuchung der Affäre an. Über 30 Männer der Navy wurden als Zeugen geladen. Sie bestätigten das „Unternehmen Luciano“ im Detail. Als Vertreter der Unterwelt bezeugte niemand anderer als Meyer Lansky geheim, daß die Zusammenarbeit zwischen Navy und Mafia während des zweiten Weltkrieges ein Erfolg gewesen war.

**EB:** Welche Gründe bewogen die Navy, den „Herland-Report“ vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten?

**Campbell:** Es waren Erwägungen im Hinblick auf die Interessen „nationaler Sicherheit“, wie sich die Vertreter der Navy ausdrückten.

*Ihr erster Grund war evident: Der Chef des Marinegeheimdienstes betonte, daß die Untersuchung Material enthalte, das dem Ansehen der Navy in der Öffentlichkeit abträglich wäre.*

*Der zweite Grund war hingegen weniger evident: Der Chef des Nachrichtendienstes behauptete nämlich, durch die Veröffentlichung des Reports könnten äh-*

liche Unternehmungen in der Zukunft beeinträchtigt werden.

**EB:** Ist unter solchen „Unternehmungen in der Zukunft“ vielleicht auch der fehlgeschlagene Versuch zu verstehen, das Regime Fidel Castros auf Cuba zu beseitigen?

**Campbell:** Nein. Aus dem „Unternehmen Luciano“ darf man keinesfalls schließen, daß die Navy in die Zusammenarbeit des CIA mit der Mafia verwickelt war wie im „Fall Cuba“. Der CIA ist, wie Sie wissen, eine Weiterentwicklung des Office of Strategic Services im Krieg, kurz OSS genannt, ein vom Geheimdienst der Navy völlig verschiedenes Instrument zur geheimen Nachrichtenbeschaffung. Die Navy ist bekannt dafür, ihre eigene Suppe zu kochen – damals wie jetzt.

**EB:** Aus Ihrem Buch wird deutlich, daß die Mafia bereit ist, bis zu einem gewissen Grad mit amtlichen Stellen in sehr konstruktiver Weise zusammenzuarbeiten. Bedeutet diese offizielle, wenn auch vor der Öffentlichkeit geheimgehaltene Zusammenarbeit staatlicher, juristischer oder militärischer Organe mit dem organisierten Verbrechen nicht eine kaum wünschenswerte „moralische“ Stärkung, ja Legitimation des Gangsterterrorismus in den USA?

**Campbell:** Die Episoden im Rahmen des „Unternehmens Luciano“ zeigen, daß die Mafia nicht nur sehr effizient, sondern auch patriotisch sein kann, wenn es die Zeit verlangt. Es gibt keinen Grund, diese unwiderlegbare Tatsache abzustreiten.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auf die auch in deutscher Sprache erschienene Autobiographie des ehemaligen Mafioso Vincent Teresa „Mein Leben in der Mafia“ hinweisen. Auf einer der letzten Seiten seines Buches schreibt dieser Gangster: „Ich bin verdammt stolz drauf, ein Amerikaner zu sein. Bevor ich in den Knast ging, hatte ich genug Gelegenheiten, abzuhaufen und in einer Villa an der italienischen Küste zu leben. Aber ich würde dieses Land nie verlassen. Ich würde lieber zwanzig Jahre im Knast in Amerika verbringen als zwanzig Jahre in Freiheit in Italien. Der Grund dafür ist, daß ich dieses Land liebe, und so ist es bei den meisten Mafia-Leuten. Die Mafia wird nicht zulassen, daß jemand irgendwas gegen dieses Land unternimmt. Sie räumt Waffenla-

ger der Regierung aus und klaut und verkauft Wertpapiere von ihr; aber wenn sie dahinterkäme, daß jemand in diesem Land einen Umsturz machen wollte, dann würde sie gegen ihn kämpfen . . . Die meisten Mafia-Leute, die ich kenne, gehen zum Wählen. Wir wählen das, was uns die beste Möglichkeit bietet, Zaster zu machen. Wenn irgend einer dieser Burschen daher kommt, die dauernd Reformen durchsetzen wollen, dann schließen wir uns alle zusammen und stimmen gegen ihn . . .“

Dieser Mafia-„Ideologie“ müssen auch die offiziellen Stellen in Amerika Rechnung tragen.

**EB:** Heißt das, daß es über politische, nationale Belange hinaus eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden und dem organisierten Verbrechen in den USA gibt?

**Campbell:** Darüber gibt es nicht den geringsten Zweifel. Aus Erfahrung weiß jeder einzelne Polizeibeamte auf der Straße, wie groß die Zahl der Beweise für eine echte Zusammenarbeit zwischen der Leitung des organisierten Verbrechertums und der Polizei bei der Verfolgung besonders heimtückischer Verbrecher, beispielsweise sadistischer Mörder oder Kinderschänder, ist. Und natürlich werden von den Polizeiorganen solche Gefälligkeiten gelegentlich „zurückerstattet“. So übersieht das Auge des Gesetzes kriminelle Aktivitäten, die von der breiten Öffentlichkeit größtenteils als nicht bestrafungswürdig angesehen werden – wie etwa das Glücksspiel. Beide Seiten – Regierung und Unterwelt – schätzen ihre jeweilige Situation nach ihren jeweiligen Interessen ein und handeln demgemäß.

Sozialhistoriker vergleichen die Mafia gern mit General Motors, dem Vatikan oder der Militärakademie von West Point als Modellinstitutionen vom Gesichtspunkt des Managements. Das mag bis zu einem gewissen Grad richtig sein. Was jedoch das „Unternehmen Luciano“ betrifft, so war es wesentlich mehr als nur ein gelungenes Experiment der Zusammenarbeit zwischen zwei Gruppierungen auf der Basis modernen Managements. Vielmehr haben wir es hier mit der **formellen Allianz** zwischen den Institutionen der Navy und der Mafia zu tun.

Ich würde sagen, das „Unternehmen Luciano“ war einmalig – es ist nicht wiederholbar. □

# Am Ende

**E**nde November letzten Jahres standen wir bei Schloß Gripsholm im schwedischen Mariefred am Grab Kurt Tucholskys. Hier schlossen wir die Dreharbeiten für den Fernsehfilm „Tucholsky im Gedächtnis“ ab. Da liegt der begraben, der doch in unseren jetzigen Zeiten wieder gegenwärtiger und lebendiger wird. Ein eisiger Anhauch von Weimar weht durch die Republik. Also tritt auch der streitbare Polemiker Tucholsky vor uns hin, der vielbeschimpfte Linksliterat, Nestbeschmutzer, Vaterlandsverräter, der Mann mit den fünf Namen, der Humorist, Satiriker, Justizanalytiker. Zu meinem Erstaunen lag auf seinem Grab in Schweden ein Kranzgebilde, die Schleife ließ in großen Buchstaben wissen, es stammte vom Botschafter der Bundesrepublik in Stockholm. Ein Anruf bei der Botschaft ergab, zum Volkstrauertag bedenkt der westdeutsche Botschafter zwei Gräber mit Trauergebinden – in Schweden liegen Nelly Sachs und Kurt Tucholsky beerdigt. Ach ja, die westdeutsche Botschaft in Schweden hat es leicht. Das Land war neutral geblieben. Es gibt keine deutschen Kriegsgräberstätten. So kommen zwei tote deutsche Schriftsteller zu Kranzgaben und ehrendem Gedenken. Ach, hätten die Deutschen doch die Lebenden schon geehrt, ihnen wenigstens zugehört . . .

Wir befinden uns wieder mal am Ende einer Saison. Wer hört auf wen? Wer verfolgt wen? Wer behindert wen? Wer zensiert wen? Wer vertreibt wen? Ich kam auch ans Deutsche Institut der Universität Stockholm. Professor Korlén gab bereitwillig Auskunft. Ja, man beschäftigt sich immer mehr mit Tucholsky, eben erscheint eine neue Auswahl. Unversehens schweift das Fachgespräch in die Gegenwart ab. Was ist los in Deutschland? In beiden Deutschlanden? Und wenn heute wieder welche emigrieren müssen (aber es müssen ständig welche – Biermann und



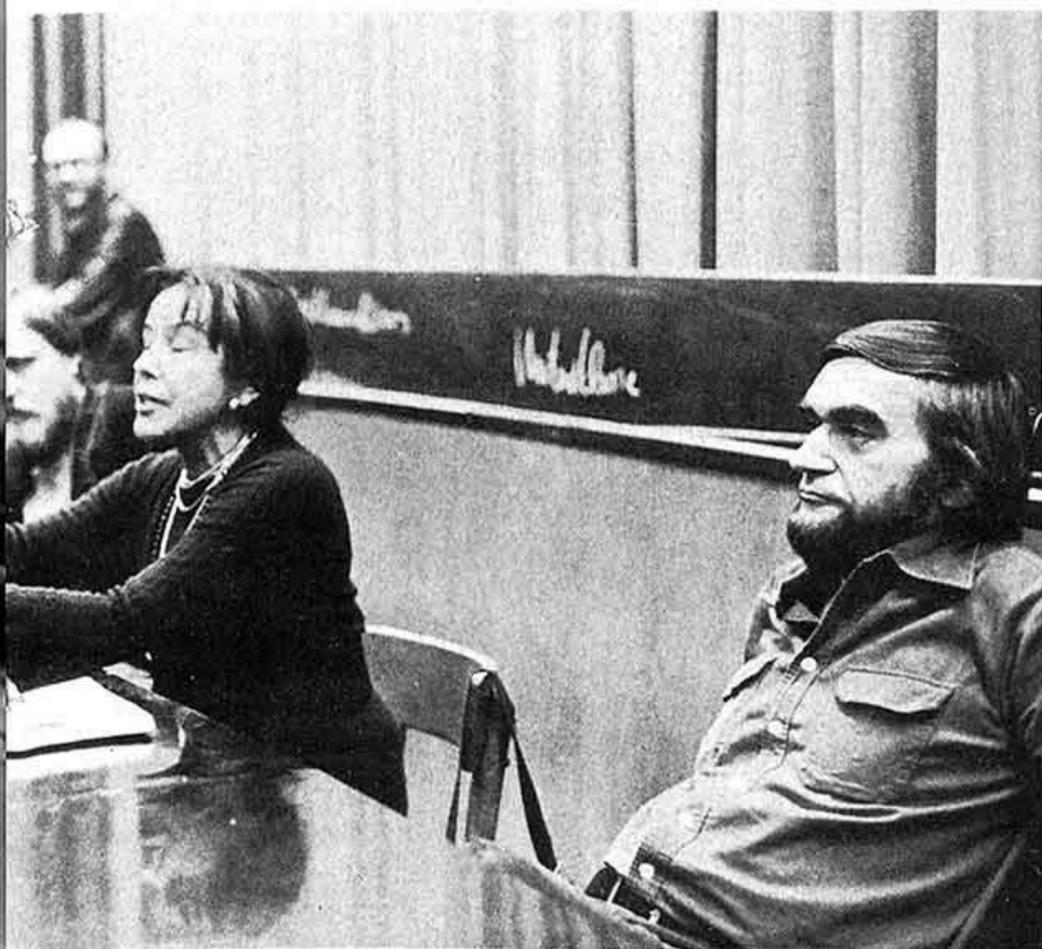
EXTRABLATT-Diskussion in Wien (Zwei

die Folgen), und wenn welche aus Westdeutschland emigrieren müssen? Werden sie es so schwer haben wie einst Tucholsky? Der im Selbstmord endete? Namen fallen. Prominente westdeutsche Schriftstellernamen. Man kennt sie hier sehr gut, sagt Prof. Korlén. Sie wären heute bekannter, als es Tucholsky damals war. Ist es Hysterie, daß wir so reden? Reden verrät Denken. Denken wir nicht alle so? Aber das ist doch gar kein Vergleich mit damals. Kein Drittes Reich droht. Kein Hitler steht bereit. Woher dann die vielen Ängste? Wir dürfen uns nicht hysterisieren lassen. Wir dürfen uns nicht einlullen und einschläfern lassen. Innerhalb von vier Wochen reiste ich in der Bundesrepublik umher und nach Belgien, Schweden, Österreich, in die Schweiz. Im Gespräch mit Kollegen, Freunden und auch Fremden ergaben sich die gleichen Angstlinien.

Versuchen wir zu differenzieren. In Ludwigshafen saßen Carl Amery, Bert Engelmann, Peter Chotjewitz und ich in der Stadtbibliothek vor dichtgedrängtem

Gerhard Zwerenz

# einer Saison



Rinser v. r. n. l.): „Das Publikum war sensibel, aufgeschlossen, intelligent“

Ein ähnliches Phänomen erlebten wir in Wien. Die neue österreichische Zeitschrift EXTRABLATT hatte eingeladen. Luise Rinser, Kurt Hirsch, Bernt Engelmann und ich sprachen an der Universität über Terror und Sympathisantentum. Heute ist die Wiener Linke hier versammelt, sagte der EXTRABLATT-Chefredakteur und wies ins Publikum. Es war sensibel, aufgeschlossen, intelligent. In der Diskussion kristallisierten sich schnell die beiden üblichen Hauptpunkte heraus: Was geschah in Stammheim – war es Selbstmord oder Mord? Zweitens: Die Sozialdemokratie. Es wurde heiß. Die Fürsprecher der RAF im Publikum blieben vereinzelt und blaß. Die Mehrheit der Anwesenden verhielt sich politisch klug. Aber die These vom Selbstmord in Stammheim ist vor offenem Publikum im Ausland nirgendwo mit Erfolg zu vertreten. Sie wird einfach nicht geglaubt, ganz abgesehen davon, daß sie wenig glaubhaft gemacht werden kann.

Die Diskussion wendet sich der Sozialdemokratie zu. In Würzburg bei den jungen Studenten in der Mensa vereisten die meisten Mienen, wenn man nur zur Objektivität aufforderte. In Wien verlief die Diskussion intellektueller, Argumente zogen, ein Mann berichtete, er sei eben in Frankfurt gewesen und habe bei den Studenten, den Spontis und anderen Linken unglaublich viel Apathie und Verzweiflung festgestellt, müssen. Bewegung entstand im Hörsaal. Die Spannung stieg. Später informierte man uns, der Mann war ein Sohn von Bundeskanzler Kreisky, er werde oft am Sprechen gehindert, und es sei ein Gewinn, daß selbst die äußerste Linke den jungen Kreisky habe bei uns ausreden lassen.

Am Ende einer Saison. Es gehört zu unserem Beruf, gerade im Herbst des Jahres unter die Leute zu gehen, zu lesen, zu diskutieren, zu streiten, aber auch anzuhören, Kritik einzustecken, neue Erfahrungen zu sammeln. Am Ende dieser Saison fühle ich mich müder, kaputter, ratloser als sonst. Manchmal, wenn ein Abend besonders schwer war und die Intransigenz der jungen Leute einen verführt hat, härter zu kontern, als man wollte, oder wenn man als einer, der die SPD normalerweise mehr kritisiert als

lobt, diese Partei doch hat in Schutz nehmen müssen, wie es jetzt nur zu oft passierte, an solchen Abenden sagt man sich dann, im Bett, wenn der Schlaf ausbleibt, warum, in drei Teufels Namen, hab' ich mir ausgerechnet diesen hundsföttischen Beruf gewählt. Ich sage mir auch: Warum vertreten unsere Herren Politiker sich nicht dort an der Front selbst? Warum stehen sie der versammelten Linken in Wien nicht Antwort? Diskutieren nicht mit den erbosten, verschlossenen Studenten von Würzburg? Warum müssen wir das tun?

Dieser Tage fand der „Offenbacher Kongreß“ statt, Motto: „Gegen den Terror und seine Nutznießer.“ Die Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und Klaus Thüsing nahmen teil und u. a. Leonhard Mahlein, Klaus Staeck, Bernt Engelmann, Ossip Flechtheim, Kurt Hirsch. Aus dem Publikum gab es bei der Diskussion ein paar kommunistische Töne. Vom Podium gab es in allen Einzelbeiträgen die durchgehende bitterernste Aufforderung, dem Terror zu begegnen und den Abbau des Rechtsstaates nicht zuzulassen. Aus der Presse dann erfahren wir, was wir sind: Klaus Staecks Agitation ist „typisch faschistisch“, Bernt Engelmann ist ein „Untergrund-Kommunist“, die beiden Bundestagsabgeordneten Coppik und Thüsing treten mit „kommunistischen Tarnorganisationen“ gemeinsam auf. Ich endlich hätte gar keine öffentliche Plattform bekommen dürfen, denn ich habe, neben allen anderen Fehlern, auch noch einen Film über Offenbach gedreht und, wie die CDU formuliert, der Stadt damit „schweren Schaden zugefügt“.

Ähnlich dachte wohl auch die DDR, die mir den Transitweg von Bayern nach West-Berlin verbot, als ich Tucholskys Geburtshaus in West-Berlin filmen wollte. So gilt anscheinend das Transitabkommen für meine Wenigkeit nicht. Ich aber denke voller Sympathie an unseren Botschafter in Stockholm, der auf Tucholskys Grab einen Kranz legte, am diesjährigen Volkstrauertag. Es ist zwar spät, aber nie zu spät, einen deutschen Schriftsteller zu ehren. Und sei es auch im letzten Exil. □

Dieser Text entstand als Radiokommentar für den Südwestfunk Baden-Baden.

Publikum, meist Jugend. Die die Stadt beherrschende und schon am Geruch kenntliche chemische Großindustrie hatte anscheinend einen Großteil ihrer Gegner in unsere literarische Veranstaltung getrieben.

Unmengen Lehrer, Studenten, Schüler, Lehrlinge, politisch herrschten offenbar die Jusos vor, durchsetzt mit freien Linken und einigen wenigen Kommunisten verschiedener Art. Die Atmosphäre gelockert, es ließ sich diskutieren, polemisieren, lachen, so etwa verliefen früher unsere Veranstaltungen. Dann eine Woche darauf mit Bernt Engelmann in Würzburg. Schon die äußere Atmosphäre gegensätzlich. Die Ludwigshafener Stadtbücherei hatte eine freundliche, zünftige Note verliehen, die Mensa in Würzburg frostete ein. Auch hier wieder vollbesetzter Raum, aber eine schweigende Mehrheit. Ältere Menschen fehlten ganz. Die meisten Sprecher offenbar Angehörige von K-Gruppen. Ich werde nicht gegen irgendwelche Minderheiten polemisieren. Schriftsteller müssen

gesprächsoffen bleiben für alle, auch wenn das Hetze einbringt. Es bringt Hetze ein. Ich habe mich schon von K-Gruppen zu Diskussionsabenden einladen lassen. Ich vertrete überall dort meine Meinung, wo man sie mir nicht beschneidet. Ich hoffe, wir können auch bei den K-Gruppen die Bereitschaft zur Diskussion fördern.

Vor einiger Zeit habe ich sie da gänzlich vermisst. In letzter Zeit besserte sich das. In Würzburg versuchten sich die Diskutierenden mit uns zu verständigen. Doch wie schwer fiel es ihnen. Bernt Engelmann und ich fuhren noch in der Nacht zurück. Traurig, deprimiert, so ganz anders gestimmt als nach dem Abend in Ludwigshafen. Ich war besonders verärgert, die engstirnigen Angriffe auf die SPD hatten mich bewogen, die SPD zu verteidigen. Das hatte ich nun gar nicht beabsichtigt. Ja, ich fühlte mich in diesen Tagen der SPD gegenüber stark befremdet. Doch wenn die Angriffe so in Klischees erfolgen, verteidige ich die vielgescholtene Partei.